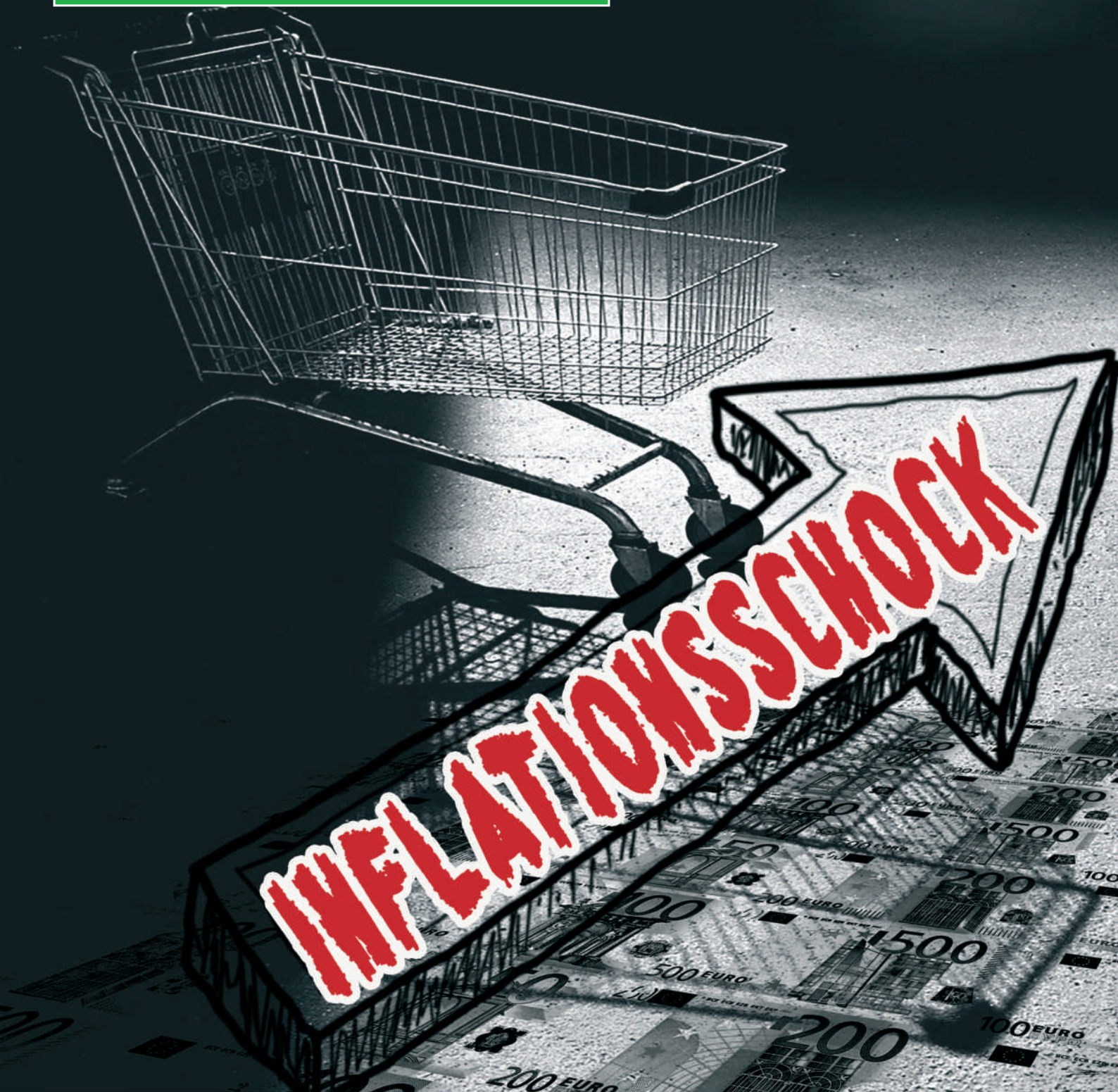


POLIZEI REPORT

G 43095
ISSN 1433-0164

Nr. 102 · Juni 2022



INFORMATIONEN NACHRICHTEN MITTEILUNGEN

POLIZEI REPORT

LIEBE KOLLEGINNEN,
LIEBE KOLLEGEN,



Stefan Ruppel

nach etlichen weiteren Corona-Wellen und nachdem fast alle mindestens einmal an Corona auch erkrankt waren, steht der Sommer endlich vor der Tür.

Wir kommen aus sehr schweren Monaten als Polizei Hessen im Sommer an. Corona hat in den letzten drei Monaten so viele Kolleginnen und Kollegen erkranken lassen, wie in den ganzen zwei Jahren zuvor nicht. Auch durch die dienstliche Absonderung sank der Personalstand oft auf ein bislang nie gekanntes Tief in allen Bereichen. Die Gesunden mussten Dienst für Dienst leisten, um die Lücken noch einigermaßen füllen zu können, bis auch sie erkrankten und ausfielen. Mit der besseren Jahreszeit und der Hoffnung, dass nun fast alle erst einmal immun sind, gehen wir in den Sommer.

Anfang April fand der Delegiertentag der GdP Hessen statt. Alle vier Jahre trifft sich hier das „höchste“ Gremium unserer Organisation auf Landesebene. In drei Ta-

Vorwort	3
Inflation – ein Monster kommt zurück	5
Inflation heute	6
Wie stellt sich der DGB zur Inflation?	7
Einladung zur Stadtführung in Kassel	9
Beschlüsse und Wahlen auf GdP-Landesebene	10
Wir helfen, wenn man Hilfe braucht	11
Was für eine Aktion – erster Hilfstransport	13
Fritzlar hilft	14
Farbe bekennen und Flagge zeigen	15
Wir stehen für Freiheit, Demokratie und Humanität	17
Einsatzstiefel aus Wuppertal	18
Benefizkonzert für Flüchtlinge aus der Ukraine	18
Juristische Fälle in der Ausbildung	19
Hamburg macht es vor – Besoldungsklage	22
Einladung JHV Kreisgruppe Fritzlar	22
Wer hat schon mal was davon gehört?	23
Dauerbrenner unter den GdP-Seminaren	23
Einladung zum Senioren-Sommerfest BZG Nordhessen	24
Ein bisschen Durchblick	24
Buchrezensionen	25
Aktuelles – Kindergeld, Angriffsentschädigung	26
Seminar-Einladung: Vorbereitung auf den Ruhestand	28
Bowling-Turnier in Fritzlar	29
Personalnachrichten, Terminkalender	30

Titelbild: Gestaltung Carsten Maier

gen haben die Delegierten etliche wichtige Anträge zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen verabschiedet. Ihr findet dazu einen Artikel in diesem Report.

Neu für uns in Hessen sind die Aktionen der Gruppierung „letzte Generation“ die sich bislang (Stand Ende April) im Rhein-Main-Gebiet mit „Aktivisten“ auf Autobahnen setzt und sich dort mit Klebstoff an den Händen fixiert. Der Verkehr bricht regelmäßig zusammen, es kommt

zu langen Staus und Verkehrsbehinderungen und einer starken Einsatzbelastung der Polizei. Hoffen wir nur, dass uns dies in Nordhessen erspart bleibt. Hier würde ich mir einen sehr schnellen Strafprozess mit entsprechend harten Urteilen wünschen, um Nachahmungstäter abzuschrecken. Wenn diese Form des „Protest“ Schule macht, kleben sich dann andere Unzufriedene auch auf der Straße fest? Dies sollte der Staat von Anfang an verhindern.

letzte

In diesem Report befasst sich der Titel mit einem Monster, das nun über 100 Jahre eingesperrt war, sich aber in den letzten Monaten wieder befreit hat und mittlerweile uns alle bedroht – die Inflation. Wir haben einen geschichtlichen Rückblick auf die Situation 1923/24 und eine aktuelle Bewertung der Lage als Artikel im Heft sowie ein Interview mit der DGB-Chefin Nordhessen, Jenny Huschke.

Auch an dieser Stelle möchte ich meine persönliche Einschätzung der Situation gleich ganz deutlich mitteilen: Unser aller Wohlstand, so wie wir ihn kannten und schätzen, ist in großer Gefahr. Wir werden sicher bald als GdP Hessen schwere Abwehrschlachten für uns alle führen müssen. Da seid ihr alle gefragt, da darf es kein Wackeln und Zögern geben. Auch bitte ich euch heute schon darum, wenn wir zu Aktionen in welcher Form auch immer aufrufen werden, beteiligt euch! Investiert einen Teil der Freizeit, es war sicher noch nie so nötig wie in dieser Zeit!

Einen weiteren Schwerpunkt in diesem Report bildet die Ukrainehilfe der GdP Nordhessen. Mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine am 24.02.2022 hat sich unsere Welt verändert. Auch ich

hätte einen bewaffneten Konflikt der Nato mit Russland völlig ausgeschlossen. Heute wissen wir alle, dass uns nur ganz wenig vor einem noch größeren Unglück, wie wir es jetzt erleben, trennt.

Das Entsetzen, die Angst, das Mitgefühl mit den Ukrainern bewegte unseren GdP-Kollegen Dogan Oenik von Revier Mitte dazu, die GdP Nordhessen mit den Maltesern in Kassel am 5. Tag des Krieges zu einer überwältigenden Spendenaktion zu bewegen. Dies alles könnt ihr in den Artikeln im Heft lesen. Es lohnt sich! Auch haben wir in YouTube einen GdP-Film zu dieser Hilfe eingestellt. Ihr findet ihn unter: GdP Hessen Ukraine Hilfe. Schaut ihn euch an!

Allen Fahrerinnen und Fahrern, die drei Tage ihrer Freizeit für einen der 7 Hilfstransporte der GdP investiert haben gilt mein ganz besonderer Dank! Aber auch allen anderen Helferinnen und Helfern, die uns am Rothenberg an der Spendenkirche beim Packen oder mit Spenden geholfen haben.

Hier waren wir zeitlich ganz vorn dabei, bevor andere wach wurden hatten wir schon die ersten Hilfsgüter in Chelm. Ich bin fest davon überzeugt, dass die Uk-

rainer unser aller Freiheit gerade in diesem Krieg verteidigen. Deswegen dürfen wir sie nicht allein lassen. Auch den vielen Frauen, Kindern und alten Menschen, die sich zu uns geflüchtet haben, müssen wir unbedingt helfen.

Unsere Familien haben selbst aus dem 2. Weltkrieg oft Fluchterfahrungen vor der roten Armee aus den ehemaligen deutschen Gebieten im Osten. Wer kennt die Erzählungen der Generation unserer Großeltern nicht, in denen sie berichteten, nur mit einem Rucksack durch bittere Kälte, ohne ausreichend Nahrung, über tausende Kilometer, mit den Kindern im Arm, hier hergekommen zu sein. Vermutlich hat im Leben jede Generation ihren Teil Unglück zu tragen, wir hatten gehofft, dass es an uns vorbeizieht. Wie wir nun alle real erleben mit Corona, einer Inflation und einem Krieg vor unserer Haustür sind wir auch dabei.

Gemeinsam in einer starken Organisation, die die Interessen der Mitglieder vertritt, werden wir auch aus diesem Sturm kommen. Allen anderen kann ich hier nur sagen: „Kommt rein, es wird kälter!“ ■

Stefan Ruppel



Informationen • Nachrichten • Mitteilungen

der Bezirksgruppe Nordhessen
der Gewerkschaft der Polizei und der
PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen

für die Bereiche Kassel, Schwalm-Eder-Kreis,
Werra-Meißner-Kreis und Waldeck-Frankenberg

Herausgeber:

PSG Polizei Service Gesellschaft mbH Hessen
Wilhelmstraße 60a, 65183 Wiesbaden
Geschäftsführer: Heinrich R. Jud, Ppa. Jens Mohrherr
(Landesvorsitzender GdP Hessen)

Verleger:

POLREPORT-Verlagsges. mbH für Öffentlichkeitsarbeit,
Kölner Straße 132, 57290 Neunkirchen
Geschäftsführer: H. R. Jud

Büro Frankfurt:

Seckbacher Landstraße 6, 60389 Frankfurt
Telefon (0 69) 7 89 16 52

Verantwortlich für den Anzeigenteil:

Andreas Jochum

Redaktion/Redaktionsanschrift:

Stefan Ruppel (V.i.S.d.P.), Volker Zeidler,
Simone Riese, Christoph Möhring
Bezirksgruppe Nordhessen der GdP,
Vorsitzender: Stefan Ruppel, Grüner Weg 33, 34117
Kassel. Tel. (05 61) 9 10 10 11, Fax 77 98 65

Druck und Verarbeitung: NK-Vertrieb GmbH, Abt.
NK-DRUCK, 57290 Neunkirchen

Erscheinungsweise: 15.3. / 15.6. / 15.9. / 01.12.

Der Bezugspreis von € 2,60 ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr für Rücksendung oder Veröffentlichung übernommen. Nachdruck aller Artikel, auch auszugsweise, nur mit Genehmigung der Redaktion gestattet. Kürzungen der Artikel bleiben vorbehalten; die mit Namen versehenen Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Alle Artikel werden nach bestem Wissen, aber ohne Gewähr veröffentlicht. Abgedruckte Beiträge gehen in das Verfügungsrecht des Herausgebers über. Die Benutzung von Anschriften zu Werbezwecken ist untersagt und wird als Verstoß gegen die gesetzlichen Bestimmungen über unlauteren Wettbewerb (Gesetz vom 7.6.1909) bzw. als Verletzung des Urheberrechts (Gesetz vom 09.9.1965) strafrechtlich verfolgt. Auch ist die Benutzung von Ausschnitten zur Anzeigenwerbung untersagt.

Redaktionsschluss 1.2. / 1.5. / 1.8. / 1.11.

(ISSN 1433-0164)

INFLATION – EIN MONSTER KOMMT ZURÜCK

EIN RÜCKBLICK AUF DIE INFLATION 1923/24

Nach dem für Deutschland verlorenen ersten Weltkrieg findet die deutsche Wirtschaft nach 1918 nur schwer wieder in den zivilen Betrieb zurück.

Durch Beschränkungen im Handel und Engpässen bei den Rohstoffen bricht die Produktion weiter ein. Die damalige Währung, die Reichsmark, verliert drastisch an Wert. In Folge dessen mangelt es an einer kaufkräftigen Nachfrage aus dem Ausland und dem Inland.

Die Folge waren spürbare Produktionsseinbußen und eine stark steigende Arbeitslosigkeit. Die Inflation begünstigt Besitzer von Sachwerten wie Grund und Boden oder von Produktionsanlagen. Alle anderen werden jedoch „enteignet“ durch die Inflation. Es trifft vor allem die Arbeiter, Rentner und Beamten die von ihren Ersparnissen leben müssen.

Die galoppierende Geldentwertung macht Tarifabschlüsse der Gewerkschaften sinnlos. Lohnleitklauseln können die rasche Entwertung der Löhne nicht ausgleichen. Im Jahr 1923 erreicht die Geldentwertung ihren Höhepunkt. Die Regierung muss nun durchgreifen und führt mit der Rentenmark eine neue Währung ein.

Im Rahmen des Dawes-Planes wurde eine internationale Anleihe aufgelegt, die Kredite an die deutsche Wirtschaft vergeben konnte.

Dies hatte zur Folge, dass die Reichsbank und die deutsche Reichsbahn unter internationale Kontrolle gestellt wurden. Die Kredite führten zwar dann wieder zu einem wirtschaftlichen Aufschwung, aber sie führten auch zu einer starken Abhängigkeit von den temporär zur Verfügung gestellten Devisen. Dies war wohl der erste Grundstein für die folgende Weltwirtschaftskrise im Jahr 1929!

Bis zu Beginn der Inflation war durch den gewerkschaftlich erkämpften 8-Stunden-Tag und Lohnverbesserungen die gerade besser gewordene Lage der Arbeiter und Beamten schon wieder gefährdet. Auch das Recht auf bezahlten Urlaub von 3-14 Tagen pro Jahr, je nach Betrieb, werden erkämpft. Angestellte bekamen im Schnitt 2-3 Wochen bezahlten Jahresurlaub.

Auch erst im Jahr 1920 verabschiedete das Parlament das Betriebsrätegesetz,

das die Mitsprache und Mitbestimmung der Arbeiterschaft in den Unternehmen stärkt.

Viele Arbeiter, Angestellte und Beamte hatten von der Revolution 1918 gehofft, sie würden anderen Schichten der Bevölkerung gleichgestellt. Mit der Verschärfung der wirtschaftlichen Situation wächst deren Enttäuschung über die Revolution. Zukunftsangst und Verzweiflung machen sich breit und öffnen populistischen Versprechungen von links und rechts die Tore.

Nach den Mitgliederverlusten in den Inflationsjahren können sich die Gewerkschaften nach 1924 langsam wieder erholen. Tarifverhandlungen und Arbeitskämpfe werden überwiegend gemeinsam geführt. Es kommt weiter zu gewerkschaftlichen Erfolgen. Die Reallöhne steigen wieder und der Anspruch auf bezahlte Urlaubstage wird in Tarifverträgen vereinbart. Im leichten Aufschwung geht die zuvor erkämpfte 48-Stunden-Woche oftmals wieder verloren.

Wichtigster sozialpolitischer Erfolg ist ohne Zweifel das Gesetz für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, das am 1. Oktober 1927 in Kraft tritt. Es überträgt die Aufgaben an die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung. Für die Beiträge kommen je zu 50% Arbeitnehmer und Arbeitgeber auf. Die Arbeitnehmer haben einen Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen.

Die Neuordnung der Währung und die Arbeitszeitverordnung vom Dezember 1923 machen neue Tarifabschlüsse erforderlich. 1924 wird ein „Kampfjahr“, doch es zeigt sich, dass die Gewerkschaften in einer „Verteidigungsposition“ sind, aus der sie erst 1925 wieder herausfinden. Der Mittelstand verarmt zusehends.

Nicht zu übersehen ist auch, dass die Arbeitskampfkraft nach der Inflation wegen der Schwäche der Gewerkschaften und wegen staatlicher Schlichtung unter dem Niveau der Nachkriegsjahre liegt.

Im Mittelpunkt der Gewerkschaftsarbeit der 1920er Jahre stehen die Lohnprobleme. Von 1924 bis 1929 steigen die Löhne rascher als die Lebenshaltungskosten, so dass die Reallöhne pro Woche

1928 bis 1929 das Niveau der Vorkriegszeit von 1914 erreichen.

In den damaligen Debatten ist die Lohnhöhe umstritten. Die Gewerkschaften meinen mit der Verbesserung der Einkommenssituation der Arbeitnehmer und Beamten zugleich die Kaufkraft und damit die Wirtschaftstätigkeit zu stärken. Demgegenüber beharren die Arbeitgeber auf der Ansicht, die Löhne hätten eine Höhe erreicht, die auch als schwere Belastung für die Wirtschaft auswirken würde.

Das führte zu einer Lähmung der Wirtschaft und damit zur Stärkung der Arbeitslosigkeit. Aus gewerkschaftlicher Sicht hätte ohne die Lohnerhöhungen die wirtschaftliche Situation in den 1920er Jahren noch schlechter ausgesehen.

Quelle: *Friedrich-Ebert-Stiftung/Geschichte der Gewerkschaften/Homepage*

Stefan Ruppel

AKTUELLES

Neue Kontaktdaten der Bezügestelle

Die Bezügestelle ist zuständig für die Zahlbarmachung der Bezüge der Beamtinnen und Beamten, der Tarifbeschäftigten sowie der Versorgungsempfängerinnen und Versorgungsempfänger des Landes Hessen. Am 11. März 2022 wurde sie in das Regierungspräsidium Kassel umstrukturiert und die Kontaktdaten aller Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Bezügestelle vollständig auf die Systematik des Regierungspräsidiums umgestellt.

Mailadresse alt:

Vera.Mustermann@hbs.hessen.de

Mailadresse neu:

Vera.Mustermann@rpks.hessen.de

Telefonnummern alt für Kassel

0561/1008-XXXX

Telefonnummern neu:

0561/106-3XXX

DAS MONSTER IST ZURÜCK – DIE INFLATION IM FRÜHJAHR 2022

GEWERKSCHAFTLICHE BETRACHTUNG EINER GROSSEN GEFAHR FÜR UNS ALLE

Der Rückblick auf die Jahre 1923 und 1924 zeigt, dass es zu uns heute doch Parallelen gibt! Die Weltwirtschaft war damals gestört, es gab eine Rohstoffknappheit und das Wirtschaftssystem geriet aus den Fugen.

Inflation, auch Preissteigerungsrate oder Teuerung, bezeichnet den allgemeinen Anstieg des Preisniveaus einer Ökonomie über einen bestimmten Zeitraum. Steigt das allgemeine Preisniveau, kann jede Geldeinheit weniger Güter und Dienstleistungen kaufen. Folglich spiegelt die Inflation eine Abnahme der Kaufkraft wider. Quelle Wikipedia

Schon vor dem Krieg gegen die Ukraine begannen die Preise für Kraftstoff und Energie merklich zu steigen. Der Liter Diesel, der im Sommer 2021 noch bei ca. 1,20 Euro lag, kletterte auf fast 1,60 Euro im Winter 2022. Auch wer seinen Heizöltank füllen musste oder von seinem bisherigen Gas- und Stromanbieter Ende 2021 die Kündigung bekam, merkte, dass sich hier etwas zum Schlechten hin für uns alle entwickelt.

Vor einigen Wochen konnte ich lesen, dass die deutsche aber auch Weltwirtschaft momentan auf einen „schwarzen Schwan“ und den „perfekten Sturm“ trifft. Beides Begriffe in der Wirtschaft, die eine äußerst schlechte Prognose für die nahe Zukunft ausdrücken. Der „schwarze Schwan“ drückt die absolute Seltenheit im Vorkommen der Natur aus und meinte die erhebliche wirtschaftliche Störung weltweit, die Corona schon angerichtet hatte. Der „perfekte Sturm“ bezeichnet das für ein Seefahrzeug größte mögliche zu erwartende Schadensereignis, das sehr selten vorkommt und mit dem Krieg gegen die Ukraine hier verbunden wird. Beides, die Folgen von Corona treffen nun auf den Krieg gegen die Ukraine und seine Folgen für uns alle.

Beim Schreiben dieser Zeilen Ende April steigt die Inflation nach dem Statistischen Bundesamt in dieser Zeit auf 7,3 %, davon die Energiepreise auf 39,5 % und die Preise für Lebensmittel auf 6,2 %. Dies ist eine Preisentwicklung, die es so seit 50 Jahren nicht gab.

Die im September 2021 vereinbarten Tarifierhöhungen von 2,2 % zum 1.8.2022

und nochmals 1,8 % zum 1.8.2023 fangen somit nicht annähernd diese Preissteigerungen auf.

Was nun? – fragen wir uns alle. Keiner konnte im September diese Entwicklungen erahnen. Als richtig erachte ich das Entlastungspaket der Bundesregierung wegen der hohen Energiepreise. Zum ersten Juni sollen die Dieselpreise um ca. 14 Cent und die Spritpreise um ca. 30 Cent pro Liter fallen. Dies wird durch eine Steuersenkung auf Kraftstoffe ermöglicht. Ferner sollen alle Arbeitnehmer eine einmalige Energiepauschale von 300 Euro bekommen, ausbezahlt mit dem Gehalt. Auch bekommen alle Familien einen Kinderbonus von 100 Euro pro Kind einmalig als Entlastung ausbezahlt. Zudem soll es für drei Monate ein bundesweites Ticket für den Nahverkehr geben, das man für 9 Euro monatlich kaufen kann.

Diese Maßnahmen lassen erkennen, dass die Politik aus den Geschehnissen vor 100 Jahren lernen möchte und gegen eine drohende Lohn-Preis-Spirale ankämpft. Bei den 300 Euro Energiepauschale fehlt mir jedoch der Blick auf die Rentnerinnen und Rentner und die Pensionäre, die eh ein geringeres Einkommen haben, aber die gleichen hohen Preise wie alle anderen bezahlen müssen. Ich kritisiere auch, dass die Steuersenkungen bei den Diesel- und Spritpreisen erst zum 1. Juni greifen sollen. Warum hat man dies nicht schon für März oder April beschlossen, hier waren die Preise auf dem bisherigen Höchststand.

Mit dem Jobticket in Hessen kann das 9 Euro Ticket, das dann bundesweit gilt, lediglich für Fernpendler eine Ergänzung sein, oder von den Rentnern und Pensionären genutzt werden. Und wer in einer Gegend wohnt, in der der ÖPNV im Stunden- oder Tagestakt vorbeikommt, hat eh nichts davon.

Wie wir alle auch im Supermarkt jede Woche beim Einkaufen merken, erhöhen sich die Preise schneller als man sie sich merken kann. Wo und wann hört das wieder auf?

Werden wir wie vor 100 Jahren auch wieder eine stärkere Arbeitslosigkeit bekommen?

Werden Industriebereiche ihre Tätigkeiten einstellen, da die Energiekosten zu hoch sind?

Werden sich die Regale in den Supermärkten weiter leeren? Werden wir auf manche Produkte Wartezeiten bekommen, wie damals in der DDR?

Was passiert, wenn die Autoindustrie, das wirtschaftliche Herzstück der Bundesrepublik, auf lange Sicht keine Fahrzeuge mehr produziert, da es weder Chips noch Kabelbäume gibt?

Werden wir soziale Verwerfungen erleben, wenn Betriebe schließen und die Arbeiter ihre Familien nicht mehr ernähren können?

Wie wird diese Situation die Polizei treffen, wenn der Staat sich weiter hoch verschuldet und weniger Steuereinnahmen generiert?

Dies alles sind Fragen, auf die es heute noch keine Antwort gibt. Aber es zeigt mir, dass wir momentan nicht mehr „barfuß durch die Blumenwiese“ laufen. Auf uns kommen harte Zeiten zu. Dies sollten sich schon heute alle Kolleginnen und Kollegen sehr bewusst machen. Die Party (oder unser altes Leben wie wir es kannten und schätzen) ist erst einmal vorbei. Ich halte den Gedanken für angebracht, größere geplante Investitionen in Freizeitaktivitäten und Hobbies oder nicht unbedingt benötigte Neuanschaffungen erst einmal zu verschieben. Nach meiner Ansicht und Bewertung der Lage müssen wir erst einmal alle zusammen das „Monster“ der Inflation wieder einfangen und für die



nächste Ewigkeit unter Verschluss bringen.

Die GdP Hessen hatte um das Jahr 2015 in der Zeit der Nullrunde und dem Lohndiktat als Werbung einen frierenden Pinguin im Eis mit dem Slogan „Komm rein es wird kälter!“ Nie war dieser Spruch aktueller wie heute.

Nur wenn wir jetzt gemeinsam gegen harte Einschnitte und kommende wirt-

schaftliche Verluste vorgehen, werden wir Erfolg haben und unsere Einkommen und unseren Lebensstandard in den nächsten Jahren halten können. Bitte macht das allen Kolleginnen und Kollegen deutlich. Die Lage ist ernst wie nie! Wir brauchen euch alle für die Abwehrschlacht.

Das Gute am Ende mit Blick auf die Situation von vor 100 Jahren ist, dass es „nur“ die beiden Jahre 1923/24 betroffen

hat. Dann wurde die Situation wieder besser und man hatte die Inflation besiegt.

Uns wird dies sicher auch gelingen, vielleicht ja auch schneller als damals!

Stefan Rüppele

WIE STELLT SICH DER DGB ZUR INFLATION?

STEFAN RÜPPELE BAT UM EIN INTERVIEW MIT DER DGB-VORSITZENDEN



Vorsitzende des DGB Hessen-Thüringen
Jenny Huschke (Foto Uwe Zucchi)

Wir befinden uns in einer für uns völlig unbekanntem Phase eines Krieges mitten in Europa, der bislang u.a. auch gravierende wirtschaftliche Folgen für uns alle hat. Wie stellt sich der DGB gerade dazu inhaltlich auf?

Jenny Huschke: Der DGB hat am 20. März 2022 seine Position in einem „Energiepolitischen Papier“ veröffentlicht. Tenor ist: „Kurzfristig entlasten, gerecht(er) finanzieren, Energieversorgung sichern und die Erneuerbaren schneller ausbauen“. Parallel dazu hat er Ende März Stellung zum Energieentlastungspaket der Bundesregierung bezogen; hier u.a. scharf kritisiert, dass bei der darin vorgesehenen Energiepreispauschale Rentner*innen nicht berücksichtigt sind. Denn diese Entlastungsmaßnahme soll an sozialversicherungspflichtige Erwerbstätige ausgezahlt werden. Das wiederum schließt auch Minijobber*innen aus. Bei den beschlossenen Tankrabatten ist sicherzustellen, dass sie wirklich bei den Verbraucher*innen ankommen.

Der DGB hat sich in Abstimmung mit seinen Mitgliedsgewerkschaften auch eindeutig gegen ein Energieembargo (insbesondere für Öl und Gas) ausgesprochen. Nach unserer Einschätzung übersteigt der zu erwartende Schaden den Nutzen deut-

lich. Insbesondere bei einem Lieferstopp für Erdgas wären die Folgen gravierend; allen voran für Betriebe, die in ihrer Produktion vom Gas abhängig sind und Anlagen nicht „eben mal so“ herunter- und dann wieder herauffahren können. Das gilt für Unternehmen der chemischen Industrie ebenso wie zum Beispiel für die Glasproduktion.

Wir sehen zur Zeit eine steigende Inflation, die bei fast 8 % liegt. Welche Auswirkungen hat dies auf die Wirtschaft in Deutschland?

Jenny Huschke: Ich denke, hier muss man differenzieren. Die Explosion der Energiekosten setzt natürlich vor allem die Unternehmen unter erheblichen Druck, die energieintensiv sind bzw. produzieren. So viele verschiedene Branchen und Betriebe von klein über mittel bis groß sind z.B. von steigenden Spritpreisen enorm betroffen; zumal es bisher nicht möglich ist, zeitnah auf komplett batterieelektrische Mobilität umzusteigen. Denn es fehlt an Fahrzeugen und flächendeckender Ladeinfrastruktur.

Das betrifft aber Vereine, Verbände und andere Organisationen – wie z.B. die Tafel e.V. – gleichermaßen. Ob Unternehmen und Verbände daran in die Knie, ggf. insolvent, gehen oder „einfach“ Gewinnbrüche vermelden, wie es so schön im Börsendeutsch heißt, hängt sicher von ihrer Größe und anderen Faktoren wie ihren Reserven ab. Auf jeden Fall wird die Wirtschaft die steigenden Kosten an die Verbraucher*innen weitergeben. Das sehen wir täglich im Supermarkt. Und die Verteilungsspielräume verändern sich. Das wird die anstehenden Tarifrunder, vor allem der großen Industriegewerkschaften, massiv beeinflussen, wie man

am Abschluss in der Chemischen Industrie gerade sehen kann.

Auf der anderen Seite stehen Unternehmen, die in der aktuellen Situation massiv gewinnen, zum Beispiel Mineralölkonzerne. Denn die Preissprünge bei Benzin und Diesel sind reine Spekulationsgewinne; sprich: noch hat sich das Angebot an Öl faktisch nicht verknappt. Es gibt bisher keine Lieferengpässe oder gar einen Lieferstopp. Diese Extraprofite müssen, z.B. durch Sondersteuern, abgeschöpft werden; auch um den Sozialstaat in seiner Verantwortung, Geringverdiener*innen bzw. Bürger und Bürger zu entlasten, handlungsfähig zu halten. Nicht zuletzt braucht es dringend eine progressive Steuerreform, die hohe Einkommen, Vermögen oder Erbschaften stärker in die Pflicht nimmt.

Mit welchen Auswirkungen rechnet der DGB durch die steigende Inflation? Wie wird diese die Menschen betreffen?

Jenny Huschke: Auch hier gilt es, die Situation differenziert zu betrachten. Die steigende Inflation wird die meisten Menschen und Haushalte in Deutschland dazu bewegen, weniger zu konsumieren und Prioritäten neu zu setzen. Ob oder besser wieviel wir dauerhaft von unserem Wohlstand abgeben, wird sich zeigen. Aber die finanziellen Spielräume werden sich definitiv für die meisten verknappen. Den Menschen, bei denen am Ende des Geldes bisher schon viel Monat übrig oder es verdammt knapp war, schnürt die steigende Inflation natürlich heute schon jeden Handlungsspielraum ab. Sie müssen massiv sparen und können sich kaum mehr notwendige Lebensmittel wie Gemüse leisten; Gurken und Paprika sind offenbar das neue Gold. Bekanntermaßen

sind auch Weizen und Öl ein Thema. Und da sind die Abschlagszahlungen für steigende Heizkosten noch nicht im Briefkasten gelandet. Hier ist staatliches Handeln im Sinne schneller und vor allem gezielter Entlastung gefragt, damit diese Haushalte nicht in soziale Schieflage geraten. Stichwort: Energiekostenzuschüsse, gedeckelter Gaspreis, gesenkte Mehrwertsteuer auf Gas und Strom, die bisherige Pendlerpauschale in ein Mobilitätsgeld umgestalten, die Kosten nicht allein auf Mieter*innen abwälzen – das sind nur einige Vorschläge, die der DGB gemacht hat.

Ganz klar gilt: Geringverdiener*innen, Menschen in der Grundsicherung und Rentner*innen müssen besonders in den Fokus, denn für sie waren die Spielräume oft vorher schon knapp und Armut täglich greifbar. Kurzum: hier lauert enormer sozialer Sprengstoff, dem es gezielt entgegenzuwirken gilt. Nur an den Wenigsten dürfte diese Inflation ohne spürbare Belastung ihrer Finanzen vorbeigehen.

Der Sozialstaat war in vielen Krisen, nicht zuletzt während der Coronapandemie, ein stabiler Anker. Der DGB und seine Gewerkschaften streiten laut dafür, auch in der aktuellen Situation Entlastung zu schaffen und einen gesellschaftlichen Ausgleich anzupacken. Denn das Thema Erhalt der Kaufkraft, ein klares Nein zu massenhafter Armut, können wir nicht politischen Kräften überlassen, die getarnt unter diesem wichtigen Thema ihre eigene, wie man in Frankreich sieht, auch anti-europäische und rechtsextreme Agenda voranbringen.

Wird die Situation auch Auswirkungen auf die Betriebe der Industrie haben?

Jenny Huschke: Natürlich wird sie das; hat sie ja längst. Enorme Preissteigerungen bei Heizkosten, Energie oder Sprit erhöhen die Kosten schon für ganz „normale“ Unternehmen enorm. Die Industrie, zumal, wenn sie energieintensiv produziert – und das gilt neben der Chemischen Industrie ebenso für die Glasherstellung oder für die Lebensmittelproduktion – steht am meisten unter Druck. Am problematischen aber wird es, wenn kein Gas mehr geliefert wird. Dann müssen Produktionsvorgänge gestoppt bzw. heruntergefahren werden, die nicht mal ebenso wieder oder auch gar nicht mehr in Gang gesetzt werden können. So ist zum Beispiel eine Glaswanne in der Glasproduktion nur zu betreiben, wenn sie richtig heiß bleibt. Wird die Produktion gestoppt, geht die Wanne irreparabel kaputt.

Haben Sie Erkenntnisse, wie die anderen DGB Gewerkschaften das Problem der steigenden Inflation behandeln? Gibt es hier Forderungen gegenüber den Arbeitgebern?

Jenny Huschke: Hier drückt ja nicht nur die massive Inflation, sondern die gesamte aktuelle Situation. Aktuell ist sicher das Zwischenergebnis der „Tarifrunde Chemie 22“ ein gutes Beispiel, die eine Brücke in den Herbst gebaut hat. Die IG BCE und die Arbeitgeber haben sich, u.a. mit einer Einmalzahlung, auf ein Zwischenergebnis verständigt und die Tarifrunde unterbrochen. Sie wurde auf den Herbst 2022 vertagt. Hoffentlich hat der Krieg gegen die Ukraine dann längst ein Ende gefunden und wir sehen die Auswirkungen und ggf. auch neue Spielräume klarer.

Wie wird sich die DGB Region Nordhessen die nächsten Monate auf die neue Situation einstellen? Sind gemeinsame Aktionen/Forderungen der DGB Gewerkschaften geplant?

Jenny Huschke: Tarifpolitik ist ja zentrale Aufgabe der Gewerkschaften. Wie der DGB diese, zumal oft auf Bundesebene abgestimmte Politik vor Ort unterstützen kann, werden wir in unseren Gremien, den fünf Kreisverbänden des DGB in Nordhessen, sicher beraten und entscheiden. Entlastung zu fordern und diese in Verfahren der Gesetzgebung zu erwirken, wie ich sie oben beschrieben habe, liegt vor allem in der Hand des DGB auf Bundesebene. Ich gehe davon aus, dass im DGB Bundesvor-

stand und ganz sicher auch auf dem Ordentlichen Bundeskongress des DGB, der am 08. Mai in Berlin beginnt, diese Debatte eine zentrale Rolle spielt. Aktionen und Forderungen, zu denen dort Impulse gesetzt werden, wird sicher auch die DGB Region Nordhessen unterstützen.

Was glauben Sie persönlich, wie wird sich die Situation im Jahr 2022 noch entwickeln?

Jenny Huschke: Ich hoffe inständig, dass der Krieg – durch eine wie auch immer geartete diplomatische Lösung oder durch einen Waffenstillstand – sein Ende findet; und zwar bald. Die in diesem Konflikt steckende, atomare Bedrohung oder die Frage, ob die Nato und damit Deutschland in diesen Krieg gezogen werden, macht mir Sorgen. Wir werden alles daransetzen müssen, dass die neu beschlossenen Milliarden, das neue Sondervermögen für die Bundeswehr, nicht zu Lasten anderen Ausgaben gehen, die ich für ebenso wichtig halte: eine gute öffentliche Daseinsvorsorge inkl. gescheiter digitaler Infrastruktur, gute Bildung und Gesundheitsversorgung für alle, ein echtes Engagement gegen den Klimawandel. Aber vielleicht finden sich auch neue, breite gesellschaftliche Bündnisse. Unsere Stimme als Gewerkschafter*innen wird mehr denn je gefragt sein! ■

BZG Nordhessen

Die Bezirksgruppe Nordhessen lädt ein zur



Stadtführung in Kassel

„Auf den Spuren der Brüder Grimm“

am Freitag, dem 08. Juli 2022, 18:00 Uhr,

Treffpunkt Haupteingang Staatstheater

Wir gehen zu Fuß über den Friedrichsplatz, Schöne Aussicht, genießen die Aussicht auf der Grimmwelt und durch die Königstraße zurück. Dauer ca. 2 Std. Bei diesem Rundgang gehen wir auf eine Entdeckungstour zu den Stationen aus der Lebenszeit und erfahren einiges über die politische und gesellschaftliche Situation des frühen 19. Jahrhunderts. Natürlich erzählt Euch die Gästeführerin Andrea Ortolano auch manches aus dem persönlichen und familiären Umfeld der beiden Brüder.

Für GdP-Mitglieder kostenfrei.

Anmeldungen:

Per E-Mail gdppps@t-online.de oder Tel. 0561/910-1012 oder 1013

BESCHLÜSSE UND WAHLEN AUF GDP-LANDESEBENE

EIN BERICHT VON CHRISTOPH MÖHRING ZUM 27. LANDESDELEGIERTENTAG IN MARBURG



Die nordhessischen Delegierten stark vertreten (Foto Homeyer)

Anfang April kam das höchste Gremium der GdP Hessen zusammen. Der 27. Landesdelegiertentag tagte mit 170 Kolleginnen und Kollegen im Kongresszentrum in Marburg. Hierbei erörtern die Delegierten aus ganz Hessen mehr als 150 Anträge.

Als Gäste konnte der hessische Innenminister Peter Beuth (CDU) und fast alle hessischen Polizeipräsidenten/Behördenleiter begrüßt werden. Aus Berlin reiste der Bundesvorsitzende der GdP Oliver Malchow an.

Ein zentraler Punkt neben der Bearbeitung der Anträge war die Wahl des zukünftigen geschäftsführenden Vorstandes und damit auch die Wahl des zukünftigen Landesvorsitzenden unserer Organisation.

Der 54-jährige Jens Mohrherr wurde mit einem starken Ergebnis von 92 Prozent der Delegiertenstimmen als (alter) und neuer Landesvorsitzender der GdP Hessen gewählt. Der Wahl-Wiesbadener ist verheiratet und seit 1988 Mitglied in der GdP. Er hat schon viele Funktionen innerhalb der GdP wahrgenommen. Bekannt dürfte er vielen Leserinnen und Lesern aus seiner 11-jährigen Funktion als Vorsitzender des Hauptpersonalrates der Hessischen Polizei sein.

Stefan Rüppel als unser Nordhessischer GdP „Chef“ wurde zum stellvertretenden Landesvorsitzenden wiedergewählt. Heinz Schiskowsky (HLKA) als Tarifexperte wurde neben Jochen Zeng (BZG FFM) und Karsten Bech (BZG Ost-

hessen) ebenfalls in das Amt des stellv. Landesvorsitzenden gewählt.

Zur Landeskassiererin wurde Sylvia Schwegel-Otto (PZBH) und zu ihrem Stellvertreter unser Nordhessischer Personalratsvorsitzender und Vorsitzende der Kreisgruppe Kassel, Lars German Elsebach, gewählt.

Zum Schriftführer gewählt wurde Markus Hüschenbett (BZG Südosthessen), zu seinem Stellvertreter Christian Richter (BZG Südhessen).

Als weitere gleichberechtigte Mitglieder wurden Daniel Klimpke (Westhessen) und Nina Bachelier (Mittelhessen) gewählt.

Mit viel Beachtung der Delegierten wurde die Wahl von Bernd Braun als weiteres gleichberechtigtes Mitglied vollzogen. Die Wahl war die Folge eines

Antrages der Seniorengruppe, welcher innerhalb des Delegiertentages umgesetzt wurde. Somit sind die Senioren ab sofort auch im geschäftsführenden Vorstand vertreten!

Aus nordhessischer Sicht erfreulich, dass mit Uwe Bartholmai (NH) ein sehr versierter Vertreter in den Landeskontrollausschuss gewählt wurde und mit Stefan Brehm (NH) ein sehr erfahrener Kollege von nun an dem Landesschiedsgericht angehört.

In seiner Rede als alter und neuer Landesvorsitzender, setzte Mohrherr klare Punkte zum Thema „Amtsangemessene Besoldung“. So habe der Hessische Verwaltungsgerichtshof Ende November des vergangenen Jahres festgestellt, dass die Besoldungspraxis für die Beamtinnen und Beamten des Landes Hessen verfassungswidrig sei. Die Landesregierung scheine nun auf Zeit zu spielen, um die Zeit bis zum Urteil des Karlsruher Bundesverfassungsgerichtes zu überbrücken. Mohrherr: „Derweil hat mit Rheinland-Pfalz bereits das siebente Bundesland ein Gesetz mit Maßnahmen zur Herstellung einer verfassungsgemäßen Alimentation beschlossen. Es gibt also außerhalb Hessens ein ernsthaftes Bemühen, bestehende verfassungswidrige Besoldungen zu korrigieren.“ In Hessen gerieten die Landesbeamtinnen und -Beamten durch dieses „schäbige Verhalten“ der Regierungsfaktionen von CDU und Bündnis 90/Die



Lars Elsebach moderiert souverän die Politikerrunde (Foto Homeyer)

Grünen immer weiter ins Hintertreffen. Die Vermutung, dass das Milliardengrab, das diese Landesregierung verursacht habe, bis nach der Landtagswahl 2023 zugeschüttet bleibe und dann der nächsten Landesregierung überlassen werden solle, dränge sich immer stärker auf.

Deutliche Kritik übte Mohrherr zudem an der Personalmisere in der hessischen Polizei. „Der schreckliche Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine wird nicht nur außenpolitische, sondern auch innenpolitische Konsequenzen nach sich ziehen“, betonte Mohrherr. Daher gelte es, bestehende personelle Lücken schnellstens durch konsequente Mehreinstellungen in die Polizei zu schließen. „Echte personelle Unterstützung für die Basisdienststellen, in den Dienst- und Ermittlungsgruppen

sowie in den Kommissariaten ist dringender denn je geboten. Es fehlen täglich über 1.000 Polizistinnen und Polizisten“, verdeutlichte Mohrherr.

Aus nordhessischer Sicht ein gelungener 27. Landesdelegiertentag, der von Lars Elsebach angenehm professionell moderiert wurde, und in dem die GdP-Ukraine-Hilfslieferungen und die Koordinierung der Berufsvertretungsstunden (Neueintritte bei Studierenden) eng verknüpft mit dem Namen Stefan Rüppel, große Anerkennung des gesamten Delegiertentages erfuhren. ■

Mit gewerkschaftlichen Grüßen
Christoph Möhring
stellv. Vorsitzender GdP Nordhessen



(Foto BZG NH)

WIR HELFEN, WENN MAN HILFE BRAUCHT

HUMANITÄRE AKTION DER GDP HESSEN FÜR DIE UKRAINE-FLÜCHTLINGE

Manchmal ist es schon unheimlich wie der Zufall Dinge zusammenbringt, die dann etwas Gutes hervorrufen.

Aber von vorn: Am Sonntag, 27.02.2022, rief mich gegen Abend ein Mitglied der Kreisgruppe Kassel auf dem Handy an. Der Kollege teilte mir mit, dass er an diesem Sonntag als Einsatzkraft einer Kundgebung für den Frieden in der Ukraine eingesetzt war. Hier wurde er im Einsatz von dem Vorsitzenden der Europa Union Kassel Herrn Professor Heußner und dem Pfarrer Krönung, der auch dem Malteser Hilfsdienst vorsteht, angesprochen, ob er nicht Kontakt zur GdP herstellen könnte. Die Malteser planten für den Montag und Dienstag einen Spendenaufruf in der St. Joseph Kirche in Kassel.

Hier sollten Lebensmittel, Medikamente, Damen- und Kinderbekleidung und Hygiene-Artikel gesammelt werden.

Spontan entschied der Vorstand der BZG Nordhessen, den Aufruf der Malteser in der Polizei zu unterstützen. Mit „unserer“ Grafikerin wurde dann am Montag schnell ein digitaler Aufruf entwickelt und in die WhatsApp-Gruppen der nordhessischen GdP geteilt.

Am Dienstag, dem Tag des gemeinsamen Aufrufes, wurde dann die St. Joseph Kirche von ca. 4.000 Spendern aus ganz Nordhessen förmlich überrannt. Die Kirche wurde auf ca. 3 Meter Höhe komplett

mit Hilfsmaterial gefüllt. Unglaublich und unvorstellbar. Das HR Radio rief in Hessen zur Unterstützung auf und die HNA berichtete darüber. Der Malteser/GdP-Aufruf hatte ungeahnte Aufmerksamkeit bekommen.

Die Behördenleitung in Nordhessen unterstützte die Aktion dahingehend, dass

es allen Kolleginnen und Kollegen im Dienst ermöglicht wurde, auf den Dienststellen gesammelte Spenden dort vorbei zu bringen.

Als nächste spontane Entscheidung erklärten sich Dogan (Kreisgruppe Kassel) und Jürgen (Kreisgruppe Bergstraße) am Dienstag, 01.03.2022 dazu bereit, ei-



nen ersten Sprinter mit Hilfsgütern nach Chelm in Polen zu fahren. Der Sprinter wurde bis unter das Dach mit den wichtigsten Hilfsgütern gepackt und die Anwesenden verabschiedeten das Team mit 2 Strophen der Europahymne „Alle Menschen werden Brüder“.

Nach einer Fahrt von ca. 12 Stunden wurde Chelm gegen 02:00 Uhr erreicht. Hier kam unser Team zwei Nächte bei ganz hilfsbereiten netten Bürgern Chelms privat unter. Dogan und Jürgen konnten alle Hilfsgüter an die polnischen Pfadfinder, die katholische Kirche und Freiwillige Feuerwehr vor Ort verteilen. Die medizini-

schen Produkte wurden alle dem örtlichen Krankenhaus übergeben.

Beide berichteten, dass die polnischen Apotheken und das Krankenhaus zum Teil kein Verbandsmaterial und Medikamente mehr hätten. Die Frauen und Kinder aus der Ukraine wurden in einem ehemaligen Autohaus und Altersheim notdürftig untergebracht und versorgt. Die Polen machten alles in ihrer Macht stehende, um den Menschen aus der Ukraine zu helfen.

Auch zur ca. 30 km entfernten Grenze zur Ukraine fuhren unsere beiden Kollegen, um sich ein Bild vor Ort zu verschaf-

fen. Auf ukrainischer Seite allein an diesem Grenzübergang warteten ca. 10.000 Frauen und Kinder auf ihre Ausreise nach Polen.

Nach drei Tagen traf unser erstes Team nachts wieder in Kassel ein. Am nächsten Tag starteten zwei weitere Teams mit ihren Sprintern. Mit Mirka und Robin sowie Danny (alle Kassel) und Tom (Kreisgruppe Bergstraße) haben wir mit den Maltesern Kassel den Menschen vor Ort weiter im Rahmen unserer Möglichkeiten geholfen.

Stefan Rüppel

WAS FÜR EINE AKTION – ERSTER HILFSTRANSPORT!

Mein Name ist Jürgen Pfliegensdörfer, komme aus Südhessen und bin seit sechs Jahren in Pension. Ich bereue keine Minute dieser unglaublichen Erfahrung.

Nur Stunden vor dem ersten Hilfstransport an die ukrainische Grenze lernte ich telefonisch Dogan O. kennen, der ebenso verrückt wie ich, in ein uns unbekanntes Abenteuer sprang. Und es begann wie immer bei uns Polizisten, wir springen ins kalte Wasser, wissen nicht was uns erwartet, klären auf, geben Infos weiter und am Ende wird ein Ergebnis abgeliefert. So war es auch bei unserer ersten Ukraine-reise. Dogan und ich wussten die Stadt, hatten keinen Plan wo wir übernachten sollten, hatten keine Kontakte. Und doch kamen wir mit einem guten Gefühl nach Hause, hatten wir doch die Grundlagen für bisher sechs weitere Hilfstransporte geschaffen. Unsere Eindrücke waren unglaublich emotional. Wir standen an einer Grenze, auf der auf polnischer Seite Friede herrschte und nur einhundert Meter weiter östlich standen Tausende von flüchtenden Frauen und Kindern und wollten genau auf diese Seite. Völlig surreal. Es herrschte eine unglaubliche Stille an dieser Grenze, und das überraschte Dogan und mich sichtlich. „Die Menschen haben auf dem Weg in die Sicherheit all ihre Tränen vergossen“, sagte ich zu Dogan. „Und die sind so fertig, dass sie keine Kraft mehr haben“, ergänzte er. Wir waren beide sichtlich ergriffen, als wir unser Video für die GdP an der Grenze drehten, ein polnischer Kollege hielt mein Telefon. Wir tauschten die Caps, so wie man das eben macht, tauschten uns aus, redeten

über das Erlebte. Ihnen ging es nicht anders. Wir knüpften alle Kontakte, lernten Anna kennen, die uns jeden Weg ebnete. Dogan stand neben einem Feuerwehrauto, als eine Ukrainerin ein Kind zur Welt brachte. In einem anderen Land, in einer anderen Welt. Im Altenwohnheim, das zu einer Auffangstation für 370 Kinder umfunktioniert wurde, war es mit mir vorbei. Ich weinte hemmungslos, als ich in die Bettchen schaute und die Kinder mit den geschenkten Schmusetieren sah. Genau in diesem Moment rief mich eine Kollegin an und bot mir die Sachen an, die von ihren beiden Kids übriggeblieben waren. Ich war tieftraurig und berührt. Aber

ich war auch sehr zufrieden mit unseren Ergebnissen, denn sie waren Grundlage für eine unglaubliche Aktion meiner Gewerkschaft, der GdP, der ich nun bereits 50 Jahre angehöre. Dass ich auf dem Delegiertentag die Ehre hatte, unsere Aktion vorzustellen, erfüllt mich mit großem Stolz. Mein Dank gilt meinem Freund Dogan, mit dem mich seit dieser Zeit viel mehr verbindet, als nur diese Reise. Aber auch Stefan Rüppel, meinem Verbindungsmann von der Gewerkschaft, Anna und Editha, unseren guten Seelen, die wir fest in unser Herz geschlossen haben.

Jürgen Pfliegensdörfer



FRITZLAR HILFT

EIN WEITERER TRANSPORT

Auch bei mir in der Domstadt kam der Spenden- und Hilfeaufruf von Stefan an und innerhalb kürzester Zeit hatte ich bereits 2 Teams aus Fritzlar bereit, die am liebsten sofort losgefahren wären.

Lange warten mussten wir aber nicht. Samstag kam das grüne Licht und Dienstag am 8. März ging es bereits für die GdP-Hilfstransporte 4 und 5 los. Den Hilfstransport Nummer 4 übernahmen Raimund, der hierfür sogar seinen Urlaub abbrach, und ich. Der Hilfstransport Nummer 5 wurde durch Steffen und Timo übernommen.

In Windeseile wurden Tauschpartner gesucht und selbstverständlich sofort gefunden. Mein besonderer Dank geht hier daher auch an die Dienstgruppen -A- und -E- der Polizeistation Fritzlar, die durch ihre Mehrarbeit die Fahrten erst möglich gemacht haben. VIELEN, VIELEN DANK!!!!

Am Morgen des 8. März starteten Raimund und ich und in der Nacht auf den 9. März folgten Steffen und Timo, beide Teams mit vollgestopften Transportern. Wir hatten Kleidung, Nahrung, Medizin und Hygieneartikel an Bord, alles was vor Ort gebraucht wurde.

Bis zu unserer Rückkehr lagen nun 2.500 km vor uns.

Nach 12 Stunden Fahrt befanden wir uns bereits im Bereich Lublin, der letzten Großstadt vor der Grenze. Da es aber bereits fast Mitternacht war entschieden wir uns, zuvor nochmal zu nächtigen.

Zu dieser Zeit passierte jedoch bereits etwas, was ich selbst gar nicht mehr bewusst auf dem Schirm hatte... es begann zu schneien... es war schließlich noch Winter, das hatte ich bei den ganzen Sonnentagen zuvor und auf der Fahrt bereits vergessen. Die Berichte unserer Vorgängerteams, dass viele Ukrainer*innen mit ihren Kindern zu Fuß zur Grenze kommen und dort noch tagelang vor der Grenze warten müssen, ließ mich angesichts des Schnees nachdenklich und traurig werden.

Am nächsten Morgen wachten wir in einer Winterlandschaft mit einer geschlossenen Schneedecke auf. Allein der Gedanke, dass kleine Kinder auf der Flucht durch den ganzen Schnee laufen müssen, machte mich fassungslos.

Schnell machten wir uns auch weiter auf den Weg nach Chelm, um unsere Hilfsgüter schnell auszuliefern. In Chelm trafen wir uns zunächst mit Sebastian, Annas Mann, der für uns unser Ansprechpartner vor Ort und Guide war.

Unser erstes Ziel war ein leerstehendes Firmengebäude, das zum Umschlagplatz für Hilfsgüter, vorwiegend für Decken, Bekleidung und Hygieneartikel genutzt wurde. Im Gebäude stapelten sich auch entsprechend die Hilfsgüter, ein Windelberg, ein Deckenberg, etc..

Sofort begrüßten uns polnische Helfer und, als wir unseren Transporter öffneten, standen den Helfern die Tränen vor Dankbarkeit in den Augen. Alle packten an und Decken, Schlafsäcke, Windeln und Kleidung verließen unseren Transporter in gute Hände.

Als nächste Station ging es weiter in Richtung Grenze zu einem ukrainischen Sammelpunkt und zum Ankunftszenrum unmittelbar hinter der Grenze.

Die zuvor wuselige Stadt Chelm verwandelte sich ab der Stadtgrenze gefühlt aber zu einem Niemandsland. Andere „normale“ Fahrzeuge oder Menschen Fehlanzeige, die einzigen Fahrzeuge die uns überholten oder entgegenkamen war Einsatzfahrzeuge der Feuerwehr, Polizei oder des Militärs. Ca. 20 Minuten ging diese Fahrt durch dieses „Niemandsland“, immer wieder und überall Sirenen und Blaulicht... wahrlich gespenstisch und bedrückend.

Frei befahrbar war nur der Weg zum Ankunftszenrum, alle Seitenstraßen waren durch Polizeikräfte abgesperrt.

Auf dem Weg lag in einem Hinterhof der Hilfsgüterumschlagplatz unserer ukrainischen Kontakteleute und es warteten 3 kernige und zu allem entschlossene Ukrainer auf uns. Benötigt wurden vor allem Verbandmaterial und Medikamente und so luden wir eine Europalette mit dringend benötigtem Material aus, Material, das wenige Stunden später bereits durch die drei ukrainischen Teufelskerle ins Kriegsgebiet gefahren werden sollte.

Auch hier wurden wir herzlich begrüßt und dankbar empfangen. Mit besten Wünschen verabschiedeten wir uns von den Dreien und es ging für uns weiter in Richtung Grenze.



Ca. 600 Meter vor der ukrainischen Grenze, also wirklich ganz dicht dran, befand sich das polnische Ankunftszenrum. Ein ehemaliges herrschaftliches Anwesen, das für die aktuellen Aufgaben reaktiviert und eingerichtet wurde. Vor Ort war Feuerwehr, Polizei und Militär, die die geordnete Registrierung durchführten.

Vor dem Anwesen hatte die Caritas ihre Zelte aufgeschlagen und ein Lager für Hilfsgüter eingerichtet.

Die Helfer der Caritas waren auch direkt unser nächstes Ziel. Herzlich wurden wir begrüßt und, wie bereits zuvor, nach Öffnen der Heckklappe hatten auch diese Helfer vor Dankbarkeit Tränen in den Augen und umarmten uns vor Dankbarkeit. Schnell waren auch genug Leute zum Anpacken gefunden und Nahrungsmittel, Babynahrung, etwas Medizin und Getränke, sprich alles was vor Ort direkt hinter der Grenze als erster Anlaufpunkt für die Geflüchteten dringend benötigt wurde, wechselte in wirklich gute Hände.

Die Helfer der Caritas zeigten uns nach dem Ausladen auch noch die Örtlichkeit genauer.

Überall Frauen, ältere Menschen und vor allem Kinder, viele, viele Kinder. Im Eingangsbereich des Ankunftszenrums drängten sich die Menschen, jeder „freie“ Platz war belegt und alle warteten auf die Registrierung durch die Behörden. Der Blick der Menschen, verstört, gestresst und teilweise leicht panisch, brannte sich mir ins Gehirn. Auch die ganzen kleinen Kinder, die festgekrallt an ihren Müttern durch die Massen liefen... bzw. gezerrt wurden, damit sie nicht verloren gingen... schreckliche Bilder.

Im ersten Obergeschoss waren zudem fast 150 Betten für die Geflüchteten eingerichtet, damit sich diese hier erst einmal ausruhen und vielleicht etwas zur Ruhe kommen können.

Tief beeindruckt und auch emotional belastet verließen wir dann wieder das Ankunfts-Zentrum und das Niemandsland zwischen Chelm und der Grenze.

Als letzte Anlaufadresse ging es nochmal zurück nach Chelm in ein altes Autohaus. Hier war die ehemalige Werkstatt zu einem Spendenlager und der ehemalige Verkaufsraum zu einem Schlafbereich umgebaut und eingerichtet worden. Zudem hatte man einen Dusch- und Waschraum, sowie eine Küche eingerichtet. Alles durchaus beengt, aber absolut praxistauglich und funktional.

Die vielen gespendeten Decken in allen Farben machten die Unterkunft auch

bunt und auf ihre Art und Weise gemütlich und freundlich. Kinder spielten in einer extra für sie eingerichteten Spielecke oder zogen ihre Mütter durch die Halle. Auch andere Helfer aus anderen europäischen Ländern waren vor Ort.

Am Ende dieses Punktes war dann tatsächlich unser Transporter leer und wir hatten alle unserer Hilfsgüter verteilt.

Zuletzt ging es dann nochmal nach Hause zu Sebastian, wo Anna und ihre beide Töchter erwarteten und uns noch zum Essen einluden.

Praktisch zeitgleich traf auch unser zweites Team aus Fritzlar vollbeladen ein. Nach einem tollen leckeren Essen machten wir uns auf die Heimfahrt und Anna und Sebastian fuhren mit Steffen und Timo los, um deren Hilfsgüter zu verteilen.

Wie wichtig unsere Hilfe war und ist erlebten wir vor Ort.

Die ganze Reise wird mich auch noch lange beschäftigen und lässt mich tief beeindruckt von der Hilfsbereitschaft und der Verzweiflung zurück.

Der Spruch „Freund und Helfer“, den wir alle auf unseren Fahnen stehen haben, wurde hier gelebt, von euch allen, allen die gespendet, geholfen, Dienste übernommen oder organisiert haben. Bei euch allen möchte ich mich auch persönlich bedanken, dass ihr diese Hilfe möglich gemacht habt. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir vielen Menschen geholfen, vermutlich auch durch die Medikamente einige Leben gerettet haben. ■

DANKE! DANKE AN EUCH ALLE!!!

Euer Andreas

„FARBE BEKENNEN – FLAGGE ZEIGEN“ –

ERFAHRUNGSBERICHT ZUM HILFSTRANSPORT NACH CHELM (PL) MONTAG, 28.03.2022 BIS MITTWOCH, 30.03.2022

Die Frauen und Männer um Stefan Ruppel (GdP Hessen) starteten vor einiger Zeit einen Aufruf, alte, jedoch gut erhaltene Einsatzstiefel und andere nützliche Einsatzgegenstände für die im Krieg befindlichen ukrainischen Männer, Frauen und Soldaten zu sammeln.

Die Resonanz, so Stefan, war überwältigend! Aus dem gesamten Bundesgebiet kamen Sachspenden an – Feuerwehrkameraden (w/m), Polizeikolleginnen und -kollegen, Jäger und andere Hilfsorganisationen brachten viele Umzugskartons gefüllt mit „Boots“ nach Kassel oder ließen sie von der Deutschen Bahn nach Kassel-Wilhelmshöhe transportieren.



Allen gilt unser herzlicher Dank!

Am Montag, 28.03.22, 14:30 Uhr, traf sich das Kasseler GdP-Helferteam am „Headquarter“ des Malteser Hilfsdienstes in der katholischen Pfarrgemeinde St. Joseph in Kassel.

Mein Van konnte beladen werden. Hilfsgüter für die ukrainischen Soldaten und freiwilligen Kämpfer wurden ebenso verladen wie Kinderschuhe, Hygieneartikel, medizinische Produkte und Nahrungsmittel für die etwa 300 Frauen und Kinder, die aktuell in einem großen Internat südlich von Chelm untergebracht sind.

Doch nicht nur Sachspenden wurden mir anvertraut. Aus der katholischen Pfarrgemeinde Maria Königin, Langenselbold, kamen zwei Frauen, die mir einen Umschlag mit 1.200 € Bargeld als Spende übergaben. Zudem übergab mir PK-A Robin Jäckel eine Geldspende von ca. 175 €, die die Studierenden der HöMS (ehemalige HfPV) gesammelt hatten.

Allen Spendern ein herzliches „Vergelt's Gott!“

Um 22:00 Uhr traf mein Fahrerteam Alex und Jörg bei mir ein. Wir wählten wieder unsere altbekannte Route über die A4, die wir kurz vor Breslau in Richtung Norden verließen.

Unser Weg führte uns an Warschau vorbei bis nach Lublin, das wir in nördlicher Richtung umfahren. Kurz vor Chelm verließen wir die A 4 und erreichten am Nachmittag unser Ziel.

Das Internat war mit neuen Zaunelementen eingefasst, Zufahrtswege neugestaltet. Vor dem Haus standen einige Frauen, Kinder und ältere Menschen. Ihre Blicke verfolgten uns, bis wir im Heim verschwanden.

Wir stellten uns an der Rezeption vor, sagten, dass wir von Anna kämen und schon waren wir willkommen geheißen.

Karolina nahm sofort das Heft in die Hand, organisierte Helfer, die beim Entladen zupackten.

Sehr große Freude bereiteten den helfenden Frauen die Kinderschuhe; die



größte Freude aber lösten die beiden Kartons mit Ü-Eiern aus!

Nachdem der Teil für das Internat abgeladen war, nahm mich Karolina an der Hand und führte uns über die Treppe nach unten in die Küche. Hier waren einige Frauen und Kinder beim Kochen. Es gab ausreichend Einzelherde, an denen Spagetti oder Bortsch gekocht wurde.

Wir wurden an einen Esstisch gesetzt und bekamen „polnischen“ Kaffee (Kaffeepulver mit heißem Wasser übergossen) sowie selbstgebackene Kuchenteilchen – lecker; der Kaffee nicht!

Die Frauen waren uns gegenüber sehr zurückhaltend und scheu – kein Wunder nach den Erlebnissen der letzten Wochen.

Nach unserem Besuch im Internat machten wir uns auf den Weg zur 2. Station – ein Logistikzentrum in Chelm, für das wir den Rest der Ladung vorgesehen hatten. Wir trafen dort auf freundliche Arbeiter, mit denen wir die Ladung „löschten“.

Gegen 16:30 Uhr traf Anna mit ihrem Mann Sebastian und den beiden Töchtern ein. Ein freundliches Hallo mit anschließendem deutsch-englisch-polnischen Austausch schloss sich an.

Mit Stefan hatte ich bereits im Vorfeld abgesprochen, dass ich die mitgeführten Geldspenden nur in vertrauensvolle Hände übergeben werde.

Auch im Team waren wir uns einig, dass dies Anna und ihr Mann sein werden.

Im Laderaum meines Renault sprachen wir mit Beiden über den Plan und sie sicherten uns absolute Diskretion und Verlässlichkeit zu. Anna wollte alle



notwendigen Dinge kaufen und mir die jeweiligen Kaufquittungen als Foto zuschicken.

Unsere Absprachen wurden per Handschlag besiegelt und die Barspenden in gute Hände übergeben.

Den Tag beendeten wir mit Anna und ihrer Familie bei einem leckeren Abendessen in einem nahegelegenen Restaurant. Polnische Teigwaren standen auf unserer Speisekarte; anschließend Rückfahrt.

Am Mittwoch, 30.03.2022 erreichten wir um 10:50 Uhr müde aber glücklich unseren Startpunkt in Eschwege.

Eine unvergessliche Mission fand ihren Abschluss. ■

Fred Langefeld



Ella (li.) Direktorin und Karolina (Mitarbeiterin)



WIR STEHEN FÜR FREIHEIT, DEMOKRATIE UND HUMANITÄT

UKRAINE HILFE DER GDP HESSEN

Donnerstag, der 24. Februar, hat unser aller Leben vermutlich für lange Zeit verändert. Mit dem Angriffskrieg gegen die Ukraine hat Russland alle bisher bekannten Grenzen des Zusammenlebens zerstört.

Es macht uns alle jeden Tag zutiefst traurig und betroffen, wenn wir die Bilder aus der Ukraine sehen.

Bei einer Veranstaltung der Europa Union am **4. Tag des Krieges** vor dem Rathaus in Kassel kam unser Kollege Dogan O. mit Pfarrer Krönung von den Maltesern Kassel ins Gespräch.

Am **5. Tag des Krieges** gegen die Ukraine riefen dann die Malteser Kassel mit der GdP Nordhessen gemeinsam zu Spenden auf, die am 6. Kriegstag in der St. Joseph Kirche in Kassel abgegeben werden konnten.

Die Kirche wurde an dem Dienstag, dem **6. Kriegstag**, mit Hilfsgütern überrannt, die ca. 3 Meter hoch im gesamten Kirchenschiff hochgestapelt wurden. Dieses Bild muss man selbst gesehen haben, es war zutiefst ergreifend, dass ca. 4.000 Menschen aus Nordhessen hier ihre Spenden abgegeben haben.

Am **7. Kriegstag** fuhr dann unser erstes GdP-Team mit Jürgen und Dogan vom Hof der St. Josephs Kirche mit einem Sprinter, vollgepackt mit Hilfsgütern und hatte als Ziel nur erst einmal Ostpolen!

Durch die Hilfe von Edyta aus dem Rathaus Kassel haben wir dann auf der Reise Chelm als unseren Zielort mitgeteilt bekommen.

Hier lernten wir Anna kennen, die für uns vor 14 Tagen noch eine Fremde war und jetzt eine Freundin geworden ist und uns vor Ort die Orte zeigte, die unsere Hilfsgüter benötigten. Anna wurde uns als Kontakt am ersten Einsatztag benannt. Sie hat Germanistik studiert und lebt mit ihren 2 kleinen Töchtern und Ehemann in Chelm. Sie hat für uns gedolmetscht und die GdP-Teams lecker bekocht und sie versorgt.

Am **18. Tag** des Krieges hatte die GdP mittlerweile **6 Sprinter** sowie einen **40 Tonnen LKW**, vollgeladen bis unter das Dach mit Hilfsgütern wie z.B. medizinischen Produkten, Medikamenten, Hygie-

neartikeln, Lebensmitteln und Kleidung, nach Polen gebracht.

Bislang haben 14 GdP-Kolleginnen und Kollegen die 3-tägige Fahrt, mit je 2.500 km, mit Urlaub oder Überstundenabbau auf sich genommen.

Die Hilfsgüter wurden von uns den Polen in Chelm an der dortigen Kirche, der Sporthalle, einem ehemaligen Autohaus und einem Kinderheim übergeben, aber auch direkt an der polnisch/ukrainischen Grenze ukrainischen Frauen übergeben, die die Hilfsgüter nach Odessa brachten.

Finanziell unterstützt wurden wir von:

Unserem Oberbürgermeister Christian Geselle (GdP Mitglied) im Namen der Stadt Kassel, ver.di Nordhessen, die jeweils einen Transport komplett übernahmen, dem DGB Nordhessen sowie allen Einzelgewerkschaften des DGB in Nordhessen danken wir ebenfalls für die großzügige Unterstützung, so dass die Fahrten möglich wurden. Aber auch viele private Spenden (auch von Kolleginnen und Kollegen) und das zur Verfügung stellen des LKW, mit vielen Hilfsgütern aus dem Bereich Hofgeismar, wurde eine kleine Erfolgsgeschichte, die Ralf Dörigmann von der Kreisgruppe PAST. Baunatal organisiert und auch selbst nach Chelm gefahren hatte.

Für den Einsatz meiner Kolleginnen und Kollegen möchte ich diese Gelegenheit nutzen und mich herzlich bedanken!

Auch den zahlreichen GdP-Helfern, die beim Spendenauftrag und dem Packen der Sprinter und des LKW an der Kirche in Kassel geholfen haben. Auch unser Landesvorsitzender Jens Mohrerr und Daniel Klimpke aus Westhessen waren beim Beladen des

40-Tonnens eine gerne gesehene Hilfe. Mit dem Reisesegen von Pfarrer Krönung von den Maltesern in Kassel kamen alle Teams gesund und mit vielen erlebten Geschichten zurück nach Kassel.

Am **29. März** wurde eine weitere Hilfslieferung mit überwiegend Einsatzstiefeln und Erste-Hilfe-Material sowie Lebensmitteln vom Team „Fred“ Langefeld nach Chelm gefahren. Die Einsatzstiefel wurden in der Polizei Nordhessen und der Verkehrsinspektion Wuppertal, der Feuerwehr, dem THW und der Jägerschaft gesammelt. Ca. 200 Paar Stiefel kamen hier zusammen, die Anfang April den Bahnhof Odessa erreichten und hier direkt an das ukrainische Militär übergeben wurden.

Fred händigte „unserer Anna“ auch eine Geldspende der Kirchengemeinde Langenselbold aus, die mit diesem Geld für die Kinder im Kinderheim Chelm Süßigkeiten einkaufte und verteilte.

Allen GdP-Helferinnen und Helfern möchte ich an dieser Stelle meinen herzlichen Dank ausdrücken.

Für die Werte **Freiheit, Demokratie und Humanität** steht diese GdP Hessen.

Stefan Rüppel



EINSATZSTIEFEL AUS WUPPERTAL...

...FINDEN IHREN WEG IN DIE UKRAINE

Der Spendenaufruf des Malteser Hilfsdienstes in Verbindung mit der GdP Nordhessen hat ungeahnte Kreise gezogen. Die sozialen Medien sind hier mal positiv zu erwähnen. So rief ein Kollege der Verkehrsinspektion in Wuppertal im Personalratsbüro an und erzählte, dass er einen Flyer zugespielt bekam, dass die GdP alte Einsatzstiefel für die Ukraine einsammeln würde. Seine Tochter, die in Kassel Kontakt zu einem Helfer der Malteser hat, hatte den Aufruf an ihn weitergeleitet, als sie die Verbindung zur Polizei gesehen hatte. Kurzerhand fragte Kollege Adam bei der GdP Nordhessen an, ob er denn eine Kiste Einsatzstiefel spenden könnte. Gerne nahmen wir dieses Angebot an. Es war jetzt nur zu klären, wie kommt eine

Kiste Einsatzstiefel von Wuppertal nach Kassel?

Die Telefone liefen heiß und Kollege Adam nutzte seine Verbindungen zur Bundespolizei und fragte nach, ob die Möglichkeit eines Transportes per Bahn organisiert werden könnte. Und es klappte tatsächlich. Die Bahn war zum kostenlosen Transport bereit und in Kassel-Wilhelmshöhe sollte die Kiste am nächsten Tag beim Lokführer eines bestimmten Regionalzuges abgeholt werden.

Pünktlich machten sich Kollege Stefan Ruppel und Kollegin Simone Riese auf den Weg zum avisierten Gleis am Wilhelmshöher Bahnhof. Wartend standen sie jedoch am Gleis und vom Zug war nichts zu sehen. Eine undeutliche Ansage

im Bahnhof erklang, aber wir haben nur bruchstückhaft verstanden, dass der Zug auf einem anderen Gleis ankommt. Deshalb nahmen wir die Beine in die Hand und liefen im Joggingschritt die lange Rampe hoch und suchten den Zug, wir wollten ihn ja schließlich nicht verpassen. Völlig außer Puste erreichten wir die Lok noch rechtzeitig und nahmen die Umzugskiste mit Stiefeln in Empfang. Gleich am nächsten Tag ging es ab damit in die Ukraine.

Wir gaben dem Kollegen der VI in Wuppertal dann Rückmeldung, der sich sehr freute, dass alles geklappt hatte. Und wir freuten uns auch! ■

Simone Riese
KG Kassel

BENEFIZKONZERT

KULTUR-LIEBE-HOFFNUNG FÜR FLÜCHTLINGE AUS DER UKRAINE

Gemeinsam mit unserem Partner in der Flüchtlingskrise, den Maltesern in Kassel, rief die GdP Nordhessen organisiert von Kerstin und Marcus Leitschuh, am Abend des 24. April in der Elisabethkirche in Kassel zu einem Benefizkonzert für die Flüchtlinge aus der Ukraine auf.

Kasseler Künstler, wie die Sopranistin Astrid Weber, am Klavier Martin Lüker und als Hans im Glück Andrea C. Ortolano, beteiligten sich mit ihren Darbietungen ebenso wie Künstler/innen, die aus der Ukraine geflohen sind, oder schon seit längerem der ukrainischen Gemeinde in Kassel angehören: Yana Krasutskaya (Violine), Erika Umanez (Cello), Julia Reingart (Klavier), Viktoria Schyschuta (Gesang), Alla Schyschuta (Gesang), Viktoria Polischtschuk (Klavier), Tamara Faynitska (Domara), Olena Hapan (Klavier).

Moderiert wurde die Veranstaltung von der uns bereits als Moderatorin bekannten Kerstin Leitschuh.

Auch gab es ein kurzes Gespräch mit dem Malteser Jens Clobes und dem Verfasser des Artikels. Sowohl die Malteser als auch die GdP schilderte dem Publikum

kurz, wie es zu der gemeinsamen Ukrainehilfe zu Beginn des Krieges gekommen war.

Mit Mirka Stecker und Dogan Oenigk waren zwei Fahrer der GdP-Hilfstransporte anwesend, die auch am Ende am Eingang die Spenden der Besucher für die Malteser am Rothenberg sammelten.

Mit den Spendengeldern sollen die Malteser bei der täglichen Flüchtlingsarbeit an der St. Josephkirche unterstützt werden.

Es war ein spannender, sehr unterhaltsamer Abend, der das Publikum durch die Kurzweiligkeit und Professionalität der Künstler begeisterte. ■

Stefan Ruppel



JURISTISCHE FÄLLE IN DER AUSBILDUNG

FALLBEARBEITUNG IN DER POLIZEILICHEN AUSBILDUNG

In der Ausbildung zur Polizeivollzugsbeamtin/zum Polizeivollzugsbeamten muss auch die Fallbearbeitung in den rechtswissenschaftlichen Fächern beherrscht werden.

Die zentrale Darstellungsform einer Falllösung ist der sogenannte Gutachtenstil. Dies rührt daher, dass ein Gutachten zu einer Rechtsfrage geschrieben werden soll. Diese Rechtsfrage wird regelmäßig sein: „Darf ich bei dem vorliegenden Sachverhalt folgende polizeiliche Maßnahme (beispielsweise eine Identitätsfeststellung) durchführen?“. Dies hängt davon ab, ob es eine Ermächtigungsgrundlage gibt (§ 18 HSOg oder § 163 b StPO) und ob die Voraussetzungen dieser vorliegen. Um diese Frage(n) zu klären, wird der Gutachtenstil angewandt.

Neben dem Gutachtenstil kennt die Rechtswissenschaft noch den Feststellungsstil und den Urteilsstil. Diese beiden Formen finden teilweise in der Ausbildung und auf jeden Fall später in der Praxis Anwendung. Die Stile können vermischt angewendet werden. Daher werden auch diese beiden Formen erläutert.

Der Beitrag soll den Studierenden der HöMS¹ die Fallbearbeitung im Fach PolVR² näherbringen. Daher werden im Folgenden Beispiele aus dem Polizeirecht herangezogen, um die teilweise abstrakten Erläuterungen anschaulicher zu machen.

A. Gutachtenstil

Der Gutachtenstil besteht insgesamt aus vier Schritten: Dem Bilden eines Obersatzes, dem Darstellen der gesetzlichen Voraussetzungen, inklusive dem Definieren von juristischen Fachbegriffen, der Subsumtion und der Darstellung des Ergebnisses.

1. Bilden eines Obersatzes

Ziel des juristischen Gutachtens ist es, eine (oder mehrere) juristische Frage(n) zu beantworten. Daher wird im ersten Schritt, dem Bilden des Obersatzes, eine Frage aufgeworfen, die in der folgenden Prüfung beantwortet wird. Das bedeutet, dass der Obersatz eine Frage aufwirft, die noch ungeklärt ist.

Auch wenn viele Fragen nach Lesen des zu prüfenden Sachverhalts klar zu sein scheinen, sollte beachtet werden, dass sich die Verfasser und Verfasserinnen in der Ausbildung befinden. Dies bedeutet, dass sie sich ein gewisses juristisches Urteilsvermögen erst aneignen müssen. Daher ist eine Prüfung in der Regel auch dann angebracht, wenn die Antwort auf der Hand zu liegen scheint. Der Dozent/die Dozentin will ja gerade abprüfen, ob eine juristische Prüfung im Gutachtenstil durchgeführt werden kann.

Dem Obersatz kommt eine wichtige Bedeutung zu. Er zeigt dem Leser, was im Folgenden geprüft wird. Er hat strukturgebende Wirkung. Es ist wichtig, den Obersatz klar zu formulieren und im Anschluss das zu behandeln, was der Obersatz ankündigt.

Die im Obersatz aufgeworfene Frage kann in indirekter Rede im Konjunktiv wiedergegeben werden oder mit einem entsprechenden Adjektiv eingeleitet werden. So könnte der Obersatz entweder „Es könnten die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage vorliegen“ lauten, oder „Fraglich ist, ob die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage vorliegen“.

2. Darstellen der gesetzlichen Voraussetzungen/ der Definitionen

Im zweiten Schritt muss dargelegt werden, was genau gegeben sein muss, um die aufgeworfene Frage positiv beantworten zu können. Im Umkehrschluss ist die Frage negativ zu beantworten, wenn eine der Voraussetzungen nicht gegeben ist.

Um an das Beispiel des Obersatzes anzuknüpfen, müssen zunächst die gesetzlichen Voraussetzungen genannt werden. Dazu benennt man die einschlägige Ermächtigungsgrundlage. Hier sollten sich die Anwärtler und Anwärtlerinnen gleich zu Beginn des Studiums angewöhnen, die im Gutachten genannten Gesetznormen genau zu zitieren. So ist nicht nur der Absatz eines Paragraphen, sondern auch der Satz, Halbsatz und die entsprechende Alternative oder Nummer, falls vorhanden, zu nennen. Auch sollte die Nennung des Gesetzes als solches (z. B. HSOg oder StPO) nicht vergessen werden. Am Beispiel der Ermächtigungsgrundlage für die präventive Identitätsfeststellung

zur Abwehr einer Gefahr lautet die korrekte Bezugnahme auf den Paragraphen „gem. § 18 Abs. 1 1. Alt. HSOg“.

Weiter ist in diesem Schritt darzustellen, welche konkreten gesetzlichen Voraussetzungen die Ermächtigungsgrundlage erfordert. Dazu sollte der Gesetzestext der Ermächtigungsgrundlage mit den relevanten Teilen wiedergegeben werden. Anschließend sind die einzelnen Voraussetzungen, ggf. im Gutachtenstil, dazustellen. Dies erfordert gewissermaßen eine Schachtelprüfung (dazu unten).

3. Subsumtion

Die Subsumtion ist insbesondere für Anfänger der schwierigste Schritt im Gutachten. In diesem Schritt sollen die abstrakten Ausführungen des zweiten Schritts „mit Leben“ gefüllt werden. Es soll der Lebenssachverhalt, der der Prüfung zu Grunde liegt, auf die gesetzlichen Voraussetzungen und auf die ggf. erforderlichen Definitionen der juristischen Fachbegriffe übertragen werden. Bildlich gesprochen, soll der Lebenssachverhalt auf die gesetzlichen Voraussetzungen gelegt und geprüft werden, ob der Sachverhalt in die gesetzlich vorgegebene Form passt. Hier ist also darzulegen, ob die Voraussetzungen für die Identitätsfeststellung gem. § 18 Abs. 1 1. Alt. HSOg, genauer gesagt, eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, gegeben ist. Dazu muss weiter dargelegt werden, welcher Sachverhalt bzw. welcher Teil „aus der Klausur“ geprüft wird. Beispiel: In dem Bürger A XY macht, könnte eine Gefahr vorliegen.

Öfter versuchen Studierende, die vielleicht als unangenehm empfundene Subsumtion zu umgehen, und schreiben nur „Die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage oder die Gefahr ist gegeben“. Dies reicht bei weitem nicht aus. In der Regel werden hier Herleitungen erwartet, deren Fehlen massive Einbußen bei der Bewertung nach sich ziehen. Daher sollten die Studierenden sich mit der Subsumtion und mit dem konkret vorliegenden Sachverhalt eingehend auseinandersetzen und dies auch in ihren schriftlichen Ausführungen zeigen.

4. Ergebnis

Als letztes sollte das Ergebnis der Prüfung präsentiert werden. Wenn im

¹ Hochschule für öffentliches Management und Sicherheit
² Polizei- und Verwaltungsrecht

Rahmen der Schachtelprüfung mehrere kleinere Schritte gutachterlich geprüft werden, kann darauf verzichtet werden, jedes Ergebnis darzustellen. Dann kann am Ende das Gesamtergebnis des jeweiligen Prüfungspunktes festgestellt werden, z. B. „die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage sind gegeben“.

5. Merkmale eines guten Gutachtenstils

Um ein gutes Gutachten zu schreiben, ist darauf zu achten, dass der Stil insgesamt sauber eingehalten wird. Bei Offensichtlichkeiten kann vom Gutachtenstil abgewichen und der Feststellungsstil angewandt werden. (Beispiel: Fraglich ist, ob es sich bei dem PKW um eine Sache handelt. Das liegt so klar auf der Hand, dass es nicht als „fraglich“ dargestellt werden muss). Was genau der Feststellungsstil ist und wann er in Verbindung mit dem Gutachtenstil angewendet werden kann und sogar sollte, wird im Abschnitt zum Feststellungsstil erklärt.

Bei der Anwendung des Gutachtenstils ist darauf zu achten, dass alle aufgeworfenen Rechtsfragen beantwortet werden. Wer also den „Vierklang“ (die vier oben dargestellten Schritte) öffnet, muss ihn auch wieder schließen. Die im Obersatz gestellte Frage muss auch beantwortet werden.

Es ist darauf zu achten, dass auch tatsächlich aufgeworfene Frage beantwortet wird und nicht etwas Anderes. Es mag zunächst verwunderlich klingen, aber das ist bei größeren, verschachtelten Prüfungen gar nicht so einfach. Hier wird leider häufig unsauber gearbeitet. Der Verfasser/die Verfasserin des Gutachtens ist gedanklich im Gutachten schon weiter, sodass im Ergebnis eine ganz andere Frage beantwortet wird, als im Obersatz gestellt wurde. Beispiel: Fraglich ist, ob eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gegeben ist. Ergebnis: Die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage liegen vor. Wenn man sich die Sätze direkt hintereinander anguckt, wird deutlich, dass das Ergebnis nicht die Beantwortung der im Obersatz aufgeworfenen Frage darstellt. Wenn aber zwischen dem Obersatz und dem Ergebnis eine lange, mehrseitige Prüfung (Darstellung der gesetzlichen Voraussetzungen/ Definitionen und Subsumtion) steht, kann der Überblick verloren gehen. Daher ist es wichtig, sich ins Gedächtnis zu rufen, welche Frage man eigentlich beantwortet.

Schwieriger wird es, wenn in einem geöffneten „Vierklang“ ein weiterer „Vier-

klang“ hinzukommt, also eine sog. verschachtelte Prüfung vorzunehmen ist. Dies ist dann der Fall, wenn im Rahmen der gesetzlichen Voraussetzungen, also Schritt zwei, weitere Prüfungen stattfinden müssen. Beispiel: Fraglich ist, ob die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage vorliegen. Zu den Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage gehört vielfach die sog. Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. Doch: Was ist das und wann liegt eine solche Gefahr vor? Das muss geprüft werden, sodass ein neuer Obersatz zu bilden ist: Fraglich ist, ob eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vorliegt. Damit ist der weitere Vierklang geöffnet. In einer Gliederung darstellt, wird es deutlicher:

1. Obersatz

Fraglich ist, ob die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage vorliegen.

2. Gesetzliche Voraussetzungen und Definitionen

Gem. § 18 Abs. 1 1. Alt. HSOG können Polizeivollzugsbeamte zur Abwehr einer Gefahr die Identität einer Person feststellen.

a. Obersatz

Fraglich ist, ob eine Gefahr vorliegt.

b. Gesetzliche Voraussetzungen und Definition (hier: Definition)

Eine (konkrete) Gefahr ist dann gegeben, wenn in absehbarer Zukunft mit hinreichender Wahrscheinlichkeit im konkreten Einzelfall ein nicht unerheblicher Schaden für ein Schutzgut der öffentlichen Sicherheit oder Ordnung eintreten könnte. An dieser Stelle sollten in der juristischen Fallbearbeitung dann die Definitionen der öffentlichen Sicherheit und der öffentlichen Ordnung folgen.

c. Subsumtion

d. Ergebnis

Es liegt eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung vor.

3. Subsumtion

4. Ergebnis

Es liegen die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage (nicht) vor.

Wichtig ist, dass sich der Verfasser/die Verfasserin des Gutachtens im Ergebnis entscheidet. Es muss deutlich werden, wie sich der Verfasser/ die Verfasserin zu der im Obersatz aufgeworfenen Rechtsfrage positioniert. Deswegen ist das Ergebnis unbedingt im Indikativ zu formulieren. Beispiel: Die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage liegen vor. NICHT: Die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage könnten vorlie-

gen. Genau diese Frage müssen sich Polizeivollzugsbeamte und -beamtinnen in der Praxis auch beantworten. Liegen die Voraussetzungen meiner Ermächtigungsgrundlage vor? Darf ich handeln und die entsprechende polizeiliche Maßnahme (hier die Identitätsfeststellung) durchführen? Wenn die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage vorliegen, darf ich handeln. Wenn sie nicht vorliegen, darf ich nicht handeln.

Im Übrigen müssen die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage durchgeprüft werden, BEVOR die Maßnahme gegenüber dem Bürger durchgeführt wird. Doch das ist nicht Gegenstand dieser Betrachtung.

B. Feststellungsstil

Der Feststellungsstil ist im Unterschied zum Gutachtenstil deutlich kürzer und wahrscheinlich auch deswegen deutlich beliebter bei den Studierenden. Der Gutachtenstil wird gerade vom Anfänger oftmals als mühselig und zu Wiederholungen neigend empfunden. Gerade letzteres ist jedoch nicht der Fall, wenn der Gutachtenstil sauber angewandt wird.

Wie der Name es vermuten lässt, besteht der Feststellungsstil aus Feststellungen. Merkmale, die offensichtlich gegeben sind, müssen nicht in dem oben dargestellten Vierklang geprüft werden, sondern deren Vorliegen oder Nicht-Vorliegen kann mit einem Satz festgestellt werden.

So muss im Strafrecht nicht erst gutachterlich geprüft werden, dass ein Pkw eine Sache ist, die ggf. gem. § 242 Abs. 1 StGB gestohlen wurde. Es ist auch für einen juristischen Laien erkennbar, dass ein Pkw ein körperlicher Gegenstand und mithin eine Sache im Sinne des § 242 Abs. 1 StGB ist.

Allerdings sollte – zumindest bei der Prüfung der Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage – nicht zu großzügig mit dem Feststellungsstil umgegangen werden. Als Leitlinie sollte beachtet werden, dass nur das, was für den juristischen Laien offensichtlich ist, festgestellt werden darf. Dies ist zum Beispiel bei der Frage, ob eine Gefahr im Sinne des Polizeirechts gegeben ist, regelmäßig nicht der Fall.

Für die Klausurlösung gilt, dass idealerweise der Gutachten- und der Feststellungsstil gemischt werden, dass nämlich Unproblematisches kurz festgestellt und rechtlich Fragliches im Gutachtenstil geprüft wird. Dabei hängt es vom konkret zu prüfenden Sachverhalt ab, welche

Passagen oder Punkte des Prüfschemas im Feststellungs- und welche im Gutachtenstil abgehandelt werden sollten.

C. Urteilsstil

Der Feststellungsstil ist zu unterscheiden vom Urteilsstil. Der Urteilsstil heißt so, weil er in Urteilen verwendet wird. Er spielt für die polizeiliche Ausbildung und auch für die spätere Praxis in der Regel keine Rolle.

Der Urteilsstil liegt dann vor, wenn das Ergebnis vorangestellt wird. Beispiel: „Die Voraussetzungen der Ermächtigungsgrundlage liegen vor, weil... insbesondere eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung gegeben ist.“ Es handelt sich, salopp gesagt, um einen umgekehrten Gutachtenstil.

D. Hilfgutachten

Oftmals steht im Bearbeitervermerk „Sollten Sie die Maßnahme für rechtswidrig halten, erörtern Sie die noch nicht angesprochenen Punkte in einem Hilfgutachten“. Damit soll verhindert werden, dass der/die Studierende das Vorliegen eines Prüfungspunktes fälschlicherweise verneint, zu dem Schluss kommt, dass die Maßnahme rechtswidrig ist und die noch folgenden Prüfungspunkte nicht mehr geprüft werden müssen. Schließlich kann das Vorliegen aller weiteren Merkmale eine rechtswidrige Maßnahme nicht mehr zu einer rechtmäßigen machen.

Falls dies geschieht, läuft der/die Studierende Gefahr, (große) Teile der Klausur gar nicht zu bearbeiten, was dann zum Nicht-Bestehen führen dürfte. Daher soll-

te immer, wenn das Vorliegen einer Voraussetzung verneint wird, ein Hilfgutachten eröffnet werden. Empfehlenswert ist es, in der Bearbeitung einen Absatz zu machen, und dann die weitere Bearbeitung des Falls mit der Überschrift „Hilfgutachten“ zu eröffnen. Anschließend wird der Fall unter der gedanklichen Prämisse, dass alle bisher geprüften Voraussetzungen gegeben sind, weitergeprüft.

Wer einmal im Hilfgutachten ist, bleibt dort. Sollte man zu dem Schluss kommen, dass eine weitere Voraussetzung nicht gegeben ist, bleibt man im Hilfgutachten. Man braucht kein neues Hilfgutachten zu eröffnen. Ein „Hilfs-Hilfgutachten“ gibt es nicht. ■

Junge Gruppe NH

HAMBURG MACHT ES VOR

EIN BLICK AUF ANDERE BUNDESLÄNDER IN DER BESOLDUNGSKLAGE

Ende April beschließt der Hamburger Senat, dass er 230 Millionen Euro zusätzlich für die Besoldung von Beamtinnen und Beamten ausgeben möchte. Dazu sieht er sich nach einem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts gezwungen.

Ziel ist die Anpassung der Beamtinnen- und Beamten-Bezahlung an die allgemeine Lohnentwicklung. Vor rund zehn Jahren waren die Gehälter stärker gestiegen als die Besoldung von Beamtinnen und Beamten. Grund war eine Kürzung des Weihnachtsgeldes durch den damaligen SPD-Senat.

Gegen diese Kürzung laufen noch Musterklagen von Hamburger Beamtinnen und Beamten. Das Bundesverfassungsgericht wird erst in Jahren darüber entschieden, doch es hatte grundsätzlich schon für Berlin und Nordrhein-Westfa-

len geurteilt: Die allgemeinen Gehälter dürfen nicht stärker steigen als die Beamtinnen- und Beamtenbesoldung.

Der Senat will zunächst - wie angekündigt - den Tarifabschluss umsetzen. Heißt: 2,8 Prozent mehr Lohn ab Dezember dieses Jahres. Dazu kommt eine „Angleichungszulage“ für die Jahre 2021 bis 2025. In Summe macht das rund 230 Millionen Euro mehr - pro Kopf rund 5.750 Euro für die rund 40.000 Beamten und Beamtinnen. Die Bürgerschaft muss noch zustimmen. „Wir wollen ein attraktiver Arbeitgeber bleiben und uns unserer Verantwortung auch nach amtsangemessener Vergütung nicht entziehen“, sagte Senatssprecher Marcel Schweitzer.

Wenn Hamburg die Musterklagen vor dem Bundesverfassungsgericht verliert, kostet das zusätzlich. 460 Millionen

hat der Senat dafür zurückgestellt. Beim Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in Hamburg blickt man mit gemischten Gefühlen auf den Gesetzentwurf zur Besoldung der Beamtinnen und Beamten. „Wir finden das in erster Linie gut, dass wir einen Gesetzesentwurf bekommen haben, es wurde dringend Zeit“, sagte die Hamburger DGB-Vorsitzende Tanja Chawla dem Hamburg Journal. „Jetzt können wir zumindest aufgrund der Angleichungszulage darauf bauen, dass hier Gerechtigkeit der letzten Jahre nachgeholt wird.“ Sie kritisiert allerdings, dass die Zulage nicht für Pensionäre gelten soll und temporär befristet ist.

Quelle: Homepage des NDR/ Hamburg Journal vom 19.04.2022 ■

Stefan Ruppel



GdP-Kreisgruppe Fritzlär

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,
die GdP-Kreisgruppe Fritzlär lädt ihre Mitglieder ganz herzlich ein zur

Jahreshauptversammlung 2022

Mittwoch, den 22. Juni 2022, ab 16:00 Uhr
„Haus an der Eder“ (Soldatenheim)
34560 Fritzlär, Waberner Straße 7



WER HAT SCHON MAL WAS DAVON GEHÖRT?

WANDERN AN DEN KRIPP- UND HIELÖCHERN IN BERKATAL



Am letzten Mittwoch im Monat März 2022 war turnusgemäß wieder Wandertag der GdP-Senioren. Und obwohl nach zuvor wochenlang schönem Wetter eher mit Regen zu rechnen war, trafen sich 21 unerschrockene Wanderer in Berkatal-Frankershausen, um den Premiumweg 2 auf 250 Mio. Jahre altem Grund des ehemaligen Zechsteinmeeres zu begehen.

Dort liefen wir durch die wunderschöne und hügelige Wacholderlandschaft, vorbei an den „Hielöchern“ sowie an Karstquellen, einer noch aktiven Mühle

und an den „Marksteinen“. Obwohl auf offiziellem Weg unterwegs, war es ein leicht mulmiges Gefühl, über wer-weiß-wie-tiefe Höhlen mit vielleicht dünnem Dach zu laufen. Und sicher hoffte jeder, dass sich nicht gerade heute eine sogenannte Doline (Felseinsturz in darunter liegenden Hohlraum) öffnen und uns verschwinden lassen würde. Etwa so, wie es einem Kuhgespann im Jahre 1958 ergangen und das 32 Meter in die Tiefe gerissen worden war.

Wir genossen die herrliche Aussicht von den höheren Punkten der Strecke ebenso wie das stetig immer besser werdende Wetter. Am Ende zeigte sich gar die Sonne! Nach gut sechs Kilometern auf dem P 2 vollzogen wir dann den Einkehrschwung und enterten das Gasthaus Schindewolf, wo wir bei leckerem Essen, kühlen Getränken und ein paar Anekdoten noch in geselliger Runde beisammen saßen.

Und eben aus dieser Runde gab es schon wieder Ideen für's nächste Mal. Ein untrügliches Zeichen, wie viel Spaß das Wandern mit diesen Kollegen macht.

Wir freuen uns schon auf Ende Mai, wo wir dann voraussichtlich auf dem urwüchsig klingenden „Knorreichenstieg“ im Nationalpark Kellerwald (Edersee) wandern werden. ■

Alfred Schindler
KG Kassel



EIN DAUERBRENNER UNTER DEN GDP-SEMINAREN

VORBEREITUNG AUF DEN RUHESTAND, EIN ERFAHRUNGSBERICHT

Ende März fand in Willingshausen-Zella, im Landgasthaus Bechtel, das äußerst beliebte GdP-Seminar zum Thema „Vorbereitung auf den Ruhestand“ statt.

Durch die vorangegangene GdP-Werbung für das Seminar wurde ich neugierig und habe mich sofort angemeldet.

Am 22.03.22, gegen 08:00 Uhr, ging es dann von meinem Heimatort voller Neugierde und Interesse nach Willingshausen-Zella.

Die erste Hürde des Tages war ein Coronaschnelltest, die wir alle zum Glück erfolgreich nehmen konnten. Frisch getestet begaben wir Teilnehmer uns in den Vortragsraum. Insgesamt waren 20 Kolleginnen und Kollegen aus dem Bereich des PP Nordhessen, sowie Vorstandsmitglieder der GdP-Seniorengruppe anwesend.

Nach der offiziellen Begrüßung durch Stefan Rüppel ging es dann um 09:30 Uhr endlich los. Natürlich waren coronakon-

form die Abstände zu den Sitznachbarn ausreichend, so dass man ohne Maske den Referenten lauschen konnte.

Als erster Referent war der Rechtsanwalt und Notar Scheller aus Schwalmstadt zum Thema „Vorsorgevollmachten, Erben und Vererben seitens der Organisatoren der GdP gewonnen worden.

In insgesamt 90 Minuten konnten die Seminarteilnehmer durch die sachkundige Darstellung des Herrn Scheller wertvolle Erkenntnisse sammeln, die man im Vorfeld wissen muss, um im Falle des eigenen Ablebens alles richtig gemacht zu haben.

Natürlich ergaben sich während des Vortrages eine Menge Fragen, die durchweg zufriedenstellend beantwortet werden konnten.

Nach einer kurzen Kaffeepause ging es dann mit Herrn Dr. Schimmelpfennig aus Kassel weiter. Thema war: „Gesund Leben im Alter“.

Durch seine lockere, aber kundige Art, sorgte Dr. Schimmelpfennig für den einen oder anderen Lacher. In ebenfalls 90 Minuten gab Dr. Schimmelpfennig wertvolle Hinweise. Besonders der Tipp zum „Genuss“ sorgte bei allen Beteiligten für ein Schmunzeln und wird natürlich befolgt.

Der Vortrag verging wie im Fluge und schon gab es die Mittagspause. Hier gilt dem Landgasthaus Bechtel der besondere Dank. Es gab reichliches und leckeres Mittagessen, so dass jeder gestärkt in die zweite Tageshälfte gehen konnte. Aufgrund des schönen Wetters wurde dann der Rest der Mittagspause im Freien verbracht.

Natürlich tauschte man sich mit den anderen alten „Haudegen“ aus, schwelgte in Erinnerungen und sorgte durch alte Anekdoten für so manchen Lacher.

Nach der Stärkung ging es dann weiter zum Thema Beihilfe im Ruhestand durch den Referenten Gerhard Kaiser,



ehemaliger Teamleiter der Beihilfestelle des RP Kassel.

Auch Herr Kaiser schaffte es durch seine lockere Art diesen Themenkomplex

anschaulich zu vermitteln und beantwortete im Anschluss jede Menge Fragen.

In den Nachmittagsstunden wurde die Veranstaltung mit einem kleinen Geschenk als Dankeschön für den jeweiligen Referenten abgeschlossen.

Ich möchte mich an dieser Stelle bei der GdP, insbesondere bei Stefan Rüppel, bedanken. Ihr macht es „Uns“ möglich solche gewinnbringenden tollen Veranstaltungen zu besuchen.

Ich kann mir nur wünschen, dass es weitere Veranstaltungen in dieser Form geben wird.

Auf dem Nachhauseweg kreisten die Gedanken um die Veranstaltung und ich fuhr mit einem leichten Grinsen im Gesicht in meine Heimat.

Hans Hennigs
KG Kassel

Das nächste Tagesseminar dieser Art der Bezirksgruppe Nordhessen findet statt am 20.09.2022, 09:30 Uhr, ebenfalls im Hotel Bechtel in Zella

Anmeldung bei Simone Riese
Tel.: 0561/910-1012

EINLADUNG ZUM SOMMERFEST

SOMMERFEST DER SENIORINNEN UND SENIOREN DER BZG NORDHESSEN



Liebe Kolleginnen und Kollegen, endlich ist es wieder soweit. Nach zwei Jahren Pause wagen wir den Neu-

beginn. Damit Ihr wirklich in den Genuss des hoffentlich schönen Sommers kommt und ein paar Stunden im Kreise der ehemaligen Kolleginnen und Kollegen bei kühlen Getränken, leckeren Speisen und netten Gesprächen im Schatten verbringen könnt, laden wir Euch ein zum Sommerfest der Seniorinnen und Senioren der Bezirksgruppe Nordhessen am **Freitag, dem 1. Juli 2022, ab 11:30 Uhr auf dem Gelände des Casseler Frauenrudervereins, Auedamm 35 (direkt neben Grün-Weiß), 34121 Kassel.**

Was müsst ihr mitbringen? Natürlich gute Laune! Und neu: Eigenes Besteck

und Teller, damit wir die Umwelt etwas schonen und von Plastikmüll befreien.

Mit herzlichen Grüßen Euer Seniorenvorstand der Bezirksgruppe

Volker Zeidler · Wilfried Apel · Klaus Vestweber · Dieter Brack · Urmel Barwe · Wolfgang Bade

Für die Planung bitten wir um kurze telefonische Anmeldung bei Simone Riese 0561/910-1012 oder Irene Franiek 0561/910-1013.

EIN BISSCHEN DURCHBLICK

BESTEUERUNG DER RENTE ÄNDERT SICH VON JAHR ZU JAHR

Wer, wie ich, kurz vor dem Renteneintritt ist, befasst sich mit dem Thema Rente etwas genauer und stellt fest, dass die Besteuerung von Renten kompliziert ist und man schnell den Überblick verliert.

Seit dem 1. Januar 2005 müssen Renten zum Teil versteuert werden. Dafür wurden auf der anderen Seite Aufwendungen für die Altersvorsorge der Arbeitnehmer, also gesetzliche Rentenbeiträge und private Vorsorge, zunehmend steuerfrei (mit Ausnahme steuerlich geförderter Beiträge). Der Gesetzgeber hat damals einen auf 35 Jahre angelegten Übergangszeitraum geschaffen, in dem die Aufwendungen für die Altersvorsorge immer mehr steuerfrei

gestellt werden, dafür aber der Anteil der zu versteuernden Rente steigt. Wer 2040 und später in Rente geht, muss diese 100 Prozent versteuern.

Die Höhe des Steueranteils richtet sich nach dem Jahr des Rentenbeginns. 2005 waren 50 Prozent der Rente zu versteuern, ab dann wurden es in Zwei-Prozent-Schritten mehr. Seit 2019 stieg der Satz bereits auf 78 Prozent. Seit 2021 geht es in 1%-Schritten weiter.

Dieser prozentuale Anteil ändert sich für den einzelnen Rentenbezieher bzw. Rentenbezieherin dann nicht mehr. Wer also z.B. 2022 in Rente geht, muss immer 82 Prozent der Rente versteuern. Er oder

sie hat also einen Freibetrag von 18 Prozent. Aber: Dieser Freibetrag wird im Jahr des Rentenbeginns festgeschrieben. Die nächste und weitere Rentenerhöhungen müssen wieder voll versteuert werden.

Hier noch einmal vereinfacht dargestellt:

Jahr des Rentenbeginns	Steuerpflichtiger Rentenanteil	Rentenfreibetrag
2022	82 %	18 %
2023	83 %	17 %
2024	84 %	16 %
2025	85 %	15 %

u.s.w. fortlaufend, bis ab 2040 eine hundertprozentige Steuerpflicht der Renten erreicht ist.

Weiterhin sind Beiträge zur Krankenversicherung (z.Zt. 7,85 %) und Pflegeversicherung (z.Zt. 3,05 %) zu zahlen.

Neben der gesetzlichen Rente erhalten die im Öffentlichen Dienst des Landes Hessen Beschäftigten eine Zusatzrente, die VBL, eine sogenannte Betriebsrente. Auch diese wird extra versteuert und

ist, bis auf einen Freibetrag von zur Zeit 159,25 €, beitragspflichtig zur Kranken- und Pflegeversicherung.

Wer eine Riesterreente bezieht, zahlt dafür keinen Beitrag zur Kranken- und Pflegeversicherung aber natürlich Einkommenssteuer.

Muss jeder Rentner eine Steuererklärung machen?

Ja, wenn die Gesamteinkünfte – also neben der gesetzlichen Rente auch priva-

te Renten, Miet- und Kapitaleinnahmen – über dem jährlichen Grundfreibetrag liegen, in diesem Jahr sind das 9.000 Euro für Singles und 18.000 Euro für Verheiratete.

Was also „unter dem Strich“ von der Rente bleibt, ist sehr individuell, auf jeden Fall leider erheblich weniger als das letzte Netto Gehalt.

Simone Riese
KG Kassel

BUCH-REZENSION

„HANDBUCH KORRUPTIONSPRÄVENTION FÜR DIE ÖFFENTLICHE HAND“

Das Handbuch wird herausgegeben von Prof. Dr. Matthias Einmahl, Prof. Dr. Christian Erdmann und Prof. Dr. Erik Kraatz, welche als Professoren an verschiedenen Hochschulen in Nordrhein-Westfalen und Berlin tätig sind.*

*Autoren: Dr. Anne Batliner, Uwe Bekemann, Prof. Dr. Stefanie Deinert, Prof. Dr. Matthias Einmahl, Prof. Dr. Christian Erdmann, Prof. Dr. Erik Kraatz, Karolina Kumarasingham, Prof. Dr. Fran Osrecki, André Queling und Ingo Sorgatz.

Das Werk ist in drei komplexe Teile untergliedert. Der erste Teil beginnt ganz klassisch mit den Grundlagen der Korruptionsprävention. Über die Definition werden auch die unterschiedlichen Formen der Korruption angesprochen und erläutert. Anschließend gehen die Autoren nicht nur auf die relevanten Straftatbestände ein, sondern thematisieren auch die dienstrechtlichen Konsequenzen bei Verstößen. Die vielen Beispiele mit den Praxishinweisen gestalten dieses Handbuch sehr anwenderfreundlich. Exemplarisch wird auch sehr deutlich auf die sozialadäquate Zuwendung eingegangen; was ist noch erlaubt und was nicht. Es werden die Wertgrenzen und die Annahme von Bargeld ausführlich behandelt und mit vielen Beispielen für die tägliche Arbeit sehr praxistauglich ausgeführt. Dieses wird sinnvoll mit den Straftatbeständen aus dem StGB kombiniert. Natürlich darf auch die Bestechlichkeit non Mandatsträgern nicht fehlen.

Anschließend werden die Rechtsfolgen bei Korruptionshandlungen von Beamten und Tarifbeschäftigten, natürlich auch mit vielen Beispielen, wie Kürzung der Dienstbezüge oder die Abmahnung

bis zur Kündigung bei Tarifbeschäftigten dargestellt. Der erste Teil schließt mit Erläuterungen zur Gefährdungsanalyse, welches aber nicht als Schwerpunkt in dem Handbuch anzusehen ist.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit den Instrumenten zur Korruptionsvermeidung. Nach der Einführung geht es um den Aufbau und die Funktionsweise Interner Kontrollsysteme, um das Risiko für Korruption in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen so gering wie möglich zu halten. Es werden prozessintegrierte und prozessunabhängige Kontrollmaßnahmen u. a. in einer übersichtlichen Grafik vorgestellt, bevor die Autoren die unterschiedlichen Hinweisgebersysteme ansprechen. Selbst die aktuelle EU-Richtlinie 2019/1937 vom 23.10.2019 wird thematisiert. Eigentlich hätte die Richtlinie von der neuen Bundesregierung bis zum 17.12.2021 in Deutschland in Kraft gesetzt werden müssen. Die Verfasser stellen auch die Vor- und Nachteile der verschiedenen Hinweisgebersysteme vor. Die Besprechung mit Beispielen zur Erstellung von Dienstweisungen zur Annahme von Vorteilen und zum Umgang mit Sponsoring und Spenden schließen den zweiten Teil des Handbuches ab.

Im dritten Teil geht es um die sog. Best-Practice-Beispiele, wie die unterschiedlichen Regelungen aus der Bundesverwaltung, Korruptionsprävention am Beispiel der Investitionsbank des Landes Brandenburg und der Stadt Bielefeld. Anhand dieser Beispiele bekommt der Leser einen guten Einblick, auf welche Art und Weise diese komplexe Materie in den unterschiedlichen Bereichen umgesetzt wird. Gerade für Personen, die sich noch nicht so ausgiebig mit dieser Thematik



beschäftigt haben, stellt sich der dritte Teil als hilfreicher „Ideengeber“ dar.

Dieses Handbuch ist sehr strukturiert aufgebaut. Es befindet sich nicht nur am Anfang ein Inhaltsverzeichnis, sondern jedes neue Kapitel beginnt nach der Literaturangabe mit einem Übersichtsteil für diesen Bereich. Dies führt zu einer optimalen und schnellen Orientierung. Das Buch wird im Anhang u. a. mit Musterdienstanweisungen und einer Checkliste für „Self-Audits“ komplementiert.

Die sehr ausführliche Behandlung dieser Thematik mit den vielen Praxisbeispielen macht dieses vorliegende Fachbuch zu einem sehr empfehlenswerten Begleiter. In den unterschiedlichen Verwaltungsbehörden stellt es in der täglichen Arbeitswelt ein unverzichtbares Nachschlagewerk dar. Lediglich der komplexe Bereich der Gefährdungsanalyse, das Erstellen eines „Gefährdungsatlas“, hätte etwas detaillierter mit griffigen Beispielen dargestellt werden können.

Verlag: Kommunal- und Schul-Verlag
1. Auflage 2021
Seitenzahl: 384
Format: 16,5 x 23,5 cm
Preis: 59,00 €
ISBN 978-3-8293-1623-1

Steffen Kohlmeier, KG Kassel

BUCH-REZENSION

HANDKOMMENTAR ZUM „HESSISCHEN DATENSCHUTZ- UND INFORMATIONSFREIHEITS-GESETZ (HDSIG)“



Der Nomos Verlag hat einen Kommentar zum „Hessischen Datenschutz- und Informationsfreiheitsgesetz (HDSIG)“ als gebundenes Werk publiziert. Herausgeber des neuen Buches ist kein geringerer als Prof. Dr. Alexander Roßnagel als Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit. Aber Prof. Dr. Roßnagel ist nicht nur Herausgeber, sondern auch mit zahlreichen eigenen Kommentierungsbeiträgen beteiligt.

Das Werk beginnt u. a. nach dem Vorwort mit einer 32-seitigen Einleitung. Diese beinhaltet die Entwicklung des Hessischen Datenschutzgesetzes über verfassungsrechtliche Grundlagen bis zur Umsetzung der JI-Richtlinie und der Informationsfreiheit sowie daran anschließend das HDSIG mit den jeweiligen Erläuterungen. Nach dem Gesetzestext wird

ein sehr detaillierter und übersichtlicher Kommentar zu dem jeweiligen Paragraphen angefügt. Dieser beginnt mit einem allgemeinen Teil über die Entstehung mit sehr ausführlichen Erläuterungen zu den jeweiligen Kernpunkten des Paragraphen. Die Kommentierung zu den einzelnen Paragraphen schließt mit einer Würdigung des Verfassers ab.

Als ein erstes Beispiel sei hier der § 23 HDSIG „Datenverarbeitung für Zwecke des Beschäftigtenverhältnisses“ genannt. Nach dem Gesetzestext folgen weitere Literaturangaben mit einem übersichtlichen Inhaltsverzeichnis zu den einzelnen Kommentierungspunkten zu dem § 23 HDSIG. Nach allgemeinen Ausführungen folgt die Entstehungsgeschichte und anschließend unionsrechtliche Regelungen und das Verhältnis zu anderen Vorschriften. Fortführend mit den umfangreichen Erläuterungen für die Datenverarbeitung für Beschäftigungszwecke über die Zulässigkeit der Verarbeitung, besondere Kategorien personenbezogener Daten, bis zu den Begriffsbestimmungen des Beschäftigten gem. § 23 Abs. 8 HDSIG. Abgerundet wird die Kommentierung mit einer umfangreichen Würdigung des Verfassers.

Als ein zweites Beispiel sei der Dritte Teil (§§ 40 – 79) des Gesetzes und hier der § 40 HDSIG „Anwendung“ aufgeführt. In diesem Teil werden die Regelungen der JI-Richtlinie (EU) Nr. 2016/680 um-

gesetzt, bei dem es um die Verarbeitung personenbezogener Daten bei der Verfolgung von Straftaten/Ordnungswidrigkeiten und der Abwehr von Gefahren für die öffentliche Sicherheit geht. Daher ist dieser Dritte Teil für die Strafverfolgungsbehörden, wie z.B. für die Polizei, von besonderer Relevanz. Die Erläuterungen zu dem § 40 HDSIG sind von der Bedeutung der Vorschrift über die Anwendbarkeit bis zur Würdigung ebenfalls sehr strukturiert und umfassend dargelegt, welches sich absolut positiv auf das gesamte Buch anwenden lässt.

Der Kommentar verfügt am Ende des Werkes über ein sehr umfangreiches Stichwortverzeichnis. Dieses detaillierte Verzeichnis bietet dem Leser eine exzellente Orientierungshilfe, um gezielt nach erforderlichen Passagen zu suchen.

Dieser Handkommentar stellt ein sehr aussagekräftiges Nachschlagewerk für die tägliche Arbeit bei öffentlichen Stellen des Landes Hessen dar. Dieser vorliegende Kommentar ist uneingeschränkt zu empfehlen und ein „must have“ für alle Personen, die sich mit dem hessischen Datenschutzrecht befassen müssen.

Verlag: Nomos

Seitenzahl: 836 Seiten (gebunden)

Preis: 98,00 €

ISBN 978-3-8487-6808-0

Steffen Kohlmeier
KG Kassel

AKTUELLES

Informationen zum Kindergeld

Abgabe der Familienkassenaufgaben an die Bundesagentur für Arbeit (BA)

Die Zuständigkeit für die Kindergeldbearbeitung wird ab 01.05.2022 von der Bezügestelle auf die Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit (BA) übertragen.

Die Kindergeldfälle werden elektronisch an die Familienkasse der BA über-

geben. Bezüglich der weiteren Kindergeldzahlung ist nichts zu veranlassen. Insbesondere müssen Sie keinen neuen Kindergeldantrag stellen. Es ist auch nicht erforderlich, dass Sie bereits eingereichte Nachweise und Unterlagen nochmals an die Familienkasse der BA übersenden. Die aktuellen Kindergeldfestsetzungen bleiben bestehen. **Die Familienkasse der BA zahlt das Kindergeld ab dem 01.05.2022 nahtlos in der bisherigen Höhe weiter.**

Ab 01.05.2022 führen Sie bitte den gesamten Schriftverkehr zum Kindergeld (Antragsstellung, Mitteilung von Änderungen, Vorlage von Nachweisen oder Anfragen) mit der Familienkasse der BA. (Quelle www.rp-kassel.hessen.de)

Simone Riese
KG Kassel

AKTUELLES

Angriffsentschädigung

Wie vielleicht der ein oder andere von Euch bereits mitbekommen hat wurde am 24.11.2021 im hessischen Landtag eine Änderung des Hessischen Beamtenversorgungsgesetzes beschlossen. In diesem Zusammenhang wurde auch in § 40 (7) HBeamtVG eine Angriffsentschädigung bei rechtswidrigen Angriffen im und außerhalb des Dienstes eingeführt (siehe auch den Artikel von Peter Wittig 03/2022 – Deutsche Polizei).

Der genaue Ablauf der Beantragung etc. wurde bis dato (Ende April) noch immer nicht durch das Ministerium mitgeteilt. Meine Anfragen beim Regierungspräsidium Kassel ergaben aber, dass dort die Zuständigkeit für die Bearbeitung der Anträge liegt. Ein Formular diesbezüglich gibt es bis dato noch nicht. Zuständig ist bzw. wird aber die Dienstunfallfürsorgestelle. Diese benötigt eine Kopie der Strafanzeige und einen aktuell noch formlosen Antrag auf Angriffsentschädigung. Solltet ihr also seit dem 24.11.2021 Opfer eines

rechtswidrigen tätlichen Angriffs geworden sein, so besteht bei euch auch die Möglichkeit diese Entschädigung zu beantragen.

Falls ihr Fragen habt, dann meldet euch einfach bei unserem Bezirksgruppenvorstand oder bei mir.

Andreas Rau
KG Fritzlar

Einladung zum Seminar Vorbereitung auf den Ruhestand

Dienstag, 20.09.2022,
ab 09:30 Uhr bis ca. 16:00 Uhr,
Landgasthaus Bechtel
Vor der Brücke 4
Willingshausen-Zella

Ablauf:
09:30 Uhr bis 11:00 Uhr
Vorsorgevollmachten, Erben und
Vererben
RA Scheller und Notar Scheller,
Schwalmstadt

Kaffeepause
11:15 Uhr bis 12:45 Uhr
Gesund Leben im Alter
Dr. Schimmelpfennig, Kassel
12:45 Uhr
Mittagspause mit Essen am Buffet
13:45 Uhr bis 15:30 Uhr
Beihilfe im Ruhestand
Gerhard Kaiser,
Sachgebietsleiter RP KS i.R.

Wir bieten das Seminar jeder Kollegin und jedem Kollegen mit Vollendung des 57. Lebensjahres an.

Kosten: GdP Mitglieder – kostenfrei
Nichtmitglieder 35,- Euro
(Selbstkostenpreis)
Dienstbefreiung ist von PP
Stelzenbach gewährt.

Stefan Ruppel Volker Zeidler
Vorsitzender Seniorengruppe



Öffnungszeiten:

Montag und Donnerstag von 15 bis 18 Uhr
Freitag von 10 bis 12 Uhr

Donnerstag ist Damentag. Die Behandlungen werden durch eine Dame betreut.
Donnerstags sind natürlich auch Herren in der Kältesauna willkommen.

Sonderkonditionen für die Mitglieder der:



**Gewerkschaft
der Polizei**

25% auf die Kältesaunabehandlung (15 € statt 20 €).
10 € Nachlass auf die Mitgliedschaft bei Nitreas Athletics.

Anschrift:
Kältesauna Kassel
Inhaber: Andreas Schumacher
Brandenburgerstraße 6
34131 Kassel
E-Mail: info@kaeltesauna-kassel.de
Web: www.kaeltesauna-kassel.de
Die Kältesauna bei Facebook
www.facebook.com/kaeltesaunakassel



GdP-Aktuell

2. POLIZEI BOWLING TURNIER IN FRITZLAR



**Wir veranstalten am 4.07.2022 ab 17.00 Uhr
das 2. Polizei Bowling Turnier in Fritzlar.
Dazu möchten wir alle Bowlingbegeisterten herzlich einladen.
Nähere Informationen zum Ablauf folgen später.
Eure GdP Kreisgruppe Fritzlar**

Anmeldung und Fragen:
Andreas.Rau@polizei.hessen.de



**Gewerkschaft
der Polizei**

Kreisgruppe Fritzlar

Mit freundlicher Unterstützung:



Gewerkschaftliche
Unterstützung
der DGB-Gewerkschaften



PERSONALNACHRICHTEN

WIR GRATULIEREN

Zum 60. Geburtstag

Im April
Thomas Berner
Dirk Krönung
Uwe Kloweit

Im Mai
Uwe Merten

Im Juni
Heike Pummer
KG Kassel

nachträglich
Dieter Rost
KG Homberg

Zum 70. Geburtstag

Im Mai
Berthold Fehling

Im Juni
Hans Rolf Stuhlmann
Volker Zeidler
KG Kassel

Zum 80. Geburtstag

Im April
Ottomar Henrion

Im Mai
Ernst Günter Gutermuth

Im Juni
Günter Mund
Ralf Giebing
KG Kassel

Zum 25-jährigen Gewerkschafts- jubiläum

Sascha Böhmer
Monika Sadowski-Jacobi
Mirko Kraft
Jens Haase
KG Kassel

Zum 40-jährigen Gewerkschafts- jubiläum

Sieglinde Jahnke
Hans-Joachim Bock
Jörg Gauck
Roland Endler

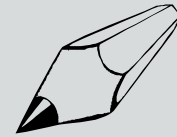
Uta Dernbach
Frank Reinbold
Hans Rolf Stuhlmann
KG Kassel

Es verstarben:

Richard Hub
KG Kassel

Karl-Heinrich Behle
KG Waldeck-Frankenberg

Wir werden den Verstorbenen ein ehrendes Andenken bewahren.



Terminkalender auf einen Blick

Die Bezirksgruppe Nordhessen macht auf folgende Veranstaltungen aufmerksam:

Wandertermine der Seniorenwandergruppe

Mittwoch, den 27.07.2022

Mittwoch, den 28.09.2022

Seniorenachmittag der Bezirksgruppe Nordhessen an der Fulda

1. Juli 2022 ab 11:30 Uhr, in Kassel, Auedamm 35, Frauenruderverein (neben Grün-Weiß)

Stadtführung in Kassel

„Auf den Spuren der Brüder Grimm“

8. Juli 2022, 18:00 Uhr, Treffpunkt Staatstheater Haupteingang

Tag der Polizei in Baunatal

9. Juli 2022

Rund um das PR Süd-West und in der Mehrzweckhalle verschiedene Aktionen und Vorführungen für die Öffentlichkeit

Bunkerführung in Bad Wildungen

15. Juli 2022, 17:00 Uhr, Treffpunkt Tourist-Information

Tagesseminar der BZG NH

Vorbereitung auf den Ruhestand

20.09.2022, 09:30 Uhr
in Zella-Willingshausen, Hotel Bechtel

Seniorenfahrt 2022

nach Immenstadt im Allgäu

vom 6.-9.10.2022

Es sind noch wenige Plätze frei

Anmeldungen unter Tel. 0561/910-1012 oder 1013

gppps@t-online.de

